

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Henrik Uterwedde
Miterrands Wirtschaftspolitik –
Was bleibt vom Sozialismus?

Wichard Woyke
Frankreichs Außenpolitik
nach de Gaulle (1974–1984)

Herward Sieberg
Frankreichs Bindungen
zur Dritten Welt

Johannes M. Becker
Die französische
Friedensbewegung

ISSN 0479-611 X

B 19/85
11. Mai 1985

Henrik Uterwedde, Dipl.-Pol., geb. 1948; Studium der Politikwissenschaft in Berlin und Paris; seit 1974 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg.

Veröffentlichungen u. a.: zus. mit Dieter Menyesch, Frankreich. Wirtschaft — Gesellschaft — Politik, Opladen 1983.

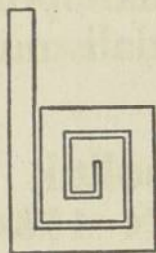
Wichard Woyke, Dr. phil., geb. 1943; Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster; z. Zt. Vertretung des Lehrstuhls Politische Wissenschaft I an der Ruhr-Universität Bochum.

Veröffentlichungen u. a.: Oppositionsparteien und Verteidigungspolitik im gaulistischen Frankreich 1958—1973, Opladen 1975; Die NATO in den siebziger Jahren, Opladen 1977; (Hrsg.), Handwörterbuch Internationale Politik, Opladen 1980²; Europäische Gemeinschaft — Europäisches Parlament — Europawahl, Opladen 1983; (Hrsg.), Europäische Gemeinschaft — Problemfelder — Institutionen — Politik, München 1984.

Herward Sieberg, Dr. phil. habil., geb. 1942; Professor für Politische Wissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Sozialkunde an der Hochschule Hildesheim.

Veröffentlichungen u. a.: Dritte Welt — Vierte Welt. Grundprobleme der Entwicklungsländer, Hildesheim 1977; Colonial Development. Die Grundlegung moderner Entwicklungspolitik durch Großbritannien, 1919—1949, Wiesbaden-Stuttgart 1985 (im Druck).

Johannes M. Becker, Dipl. Pol., geb. 1952; Studium der Politikwissenschaft, Sozialkunde, Geographie und Sportwissenschaft (Höheres Lehramt) in Marburg; Lehrbeauftragter am Fachbereich Romanistik der Philipps-Universität Marburg. Zahlreiche Veröffentlichungen v. a. zur Politik der derzeitigen französischen Linksregierung.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Mitterrands Wirtschaftspolitik — Was bleibt vom Sozialismus?*)

Als im Mai 1981 François Mitterrand und die sozialistische Partei die Regierung übernahmen, war damit auch der Anspruch — und für viele die Hoffnung — auf grundlegende Strukturveränderungen sowie vor allem auf eine Alternative zur konservativ-liberalen Krisenpolitik der Nachbarländer verbunden.

Was ist heute, nach vier Jahren Regierungspraxis, vom „Sozialismus à la française“ geblieben?

1. Die französische Wirtschaft in der Krise

Seit 1974 hatte die weltweite Wirtschaftskrise in Frankreich ihre tiefen Spuren hinterlassen. Ein kurzer Vergleich mit der Bundesrepublik verweist aber auch auf die besondere Schärfe der Anpassungsprobleme für die französische Wirtschaft: Die schon seit 1971 steigende Arbeitslosigkeit überschritt Ende 1981 die 2-Millionen-Grenze und erfaßte im Jahresdurchschnitt 1981 7,8 % der zivilen Erwerbsbevölkerung gegenüber 4,7 % in der Bundesrepublik. Die Preisentwicklung geriet nach 1974 außer Kontrolle; der Unterschied zwischen den jährlichen Inflationsraten in Deutschland und Frankreich stieg von knapp 1 % (vor 1973) auf 8 % (1980). Der ohnehin anfällige Außenhandel geriet durch die beiden „Ölpreisschocks“ 1974 und 1979 tief in die roten Zahlen; die französische Exportwirtschaft konnte nicht wie ihre deutsche Konkurrenz die sprunghaft verteuerten Ölimporte durch vermehrte Industrieausfuhren kompensieren¹⁾.

Hinter diesen Problemen stehen spezifische *Struktur- und Wettbewerbsschwächen* der

Im folgenden soll die sozialistische Wirtschaftspolitik seit 1981 in ihren wichtigsten Voraussetzungen, Grundzügen und Etappen beschrieben und bilanziert werden. Dabei wird besonders auf die Veränderungen eingegangen werden, die diese Politik im Laufe der Zeit erfahren hat.

I. Die Ausgangslage

französischen Nachkriegswirtschaft, die durch die Krise in aller Deutlichkeit offengelegt worden sind²⁾.

Frankreich, bis 1945 mit erheblichen ökonomischen Entwicklungsrückständen belastet, hat den Weg zur modernen kapitalistischen Industriegesellschaft erst in den Nachkriegsjahrzehnten vollzogen. Die durchgreifende Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft seit 1945, die nachgeholte, forcierte industrielle Entwicklung durch die gaullistische Industriepolitik in den sechziger Jahren haben trotz unbestreitbarer Erfolge eine Reihe von Problemen nicht beseitigen können oder erst geschaffen:

— eine „strukturelle“ Inflation, die überwiegend auf gesellschaftliche Ursachen zurückgeführt wird: ein vergleichsweise starkes Gewicht der (selbständigen) Mittelklassen, verbunden mit traditionellen Strukturen im Handel; wettbewerbsfeindliche Strukturen und Verhaltensweisen der Unternehmen; inflationsfördernde Mechanismen des Verteilungskampfes (Indexierungen, Gleitklauseln); Besonderheiten der Einkommensverteilung

*) Dieser Aufsatz entstand im Rahmen eines von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Forschungsprojekts zum Thema „Internationalisierung als Problem des politischen Wandels: Mitterrands Frankreich in Westeuropa“ (Leitung: Dr. Christian Deubner, Stiftung Wissenschaft und Politik).

¹⁾ Zahlen nach: Notes bleues Nr. 213, 4.—10. 2. 1983.

²⁾ Vgl. zum folgenden: La crise du système productif. Paris: INSEE 1981; Commission du Bilan: La France en mai 1981. Forces et faiblesses. Paris: La Documentation Française 1982; Dieter Menyesch/Henrik Uterwedde, Frankreich Grundwissen. Wirtschaft — Gesellschaft — Politik, Opladen 1983.

(Ungleichheiten zugunsten der aufgeblähten tertiären Funktionen und Sektoren);

— *ungelöste soziale Folgeprobleme* der raschen Industrialisierung und Urbanisierung des Landes, die vor allem die Lohnabhängigen benachteiligen und in denen die *Grenzen der konservativen Modernisierungspolitik* zum Ausdruck kommen: tiefgreifende Ungleichheiten in der Einkommens- und Vermögensverteilung; hierarchische Strukturen in den Unternehmen; ein anhaltendes ausgeprägtes regionales Entwicklungsgefälle; Mängel in der sozialen Infrastruktur schlechthin;

— eine kontrastreiche, *unausgewogene Industriestruktur*: Zu den Stärken der französischen Industrie zählen — neben der Automobilindustrie und davon abhängigen Branchen — vor allem moderne technologische Spitzenindustrien, die weitgehend unter staatlicher Führung und Finanzierung entwickelt worden sind (Flugzeugbau, Raumfahrtindustrie, Rüstungsgüter, Nukleartechnologie, teilweise die Elektronikindustrie). In anderen struktur- und entwicklungsbestimmenden Schlüsselindustrien des Investitionsgüterbereichs (Maschinenbau, vor allem Werkzeugmaschinen) weist die französische Produktion erhebliche Lücken und damit empfindliche Importabhängigkeiten auf. In traditionellen, krisengefährdeten Branchen (Textil- und Bekleidungsindustrie; Lederverarbeitung; Stahl u. a.) haben sich die Unternehmen (häufig traditionelle Familienbetriebe) zu spät auf die veränderten weltweiten Konkurrenzbedingungen eingestellt und Modernisierungsinvestitionen unterlassen, was den Anpassungsdruck in den siebziger Jahren nur noch verschärft hat³⁾;

— eine *prekäre Außenhandelsposition*, die nicht allein mit der hohen Inflationsrate erklärt werden kann, sondern auch und vor allem ein Spiegelbild der industriellen Strukturschwächen darstellt und von daher eine Neigung zu „strukturellen Defiziten“ aufweist. Eine sektorielle und geographische Analyse der französischen Außenhandelsbilanz ergibt, daß der im Handel mit Industriegütern erwirtschaftete Überschuß (1981: 66 Mrd. Francs) nicht ausreicht, um die Energie- und

³⁾ Vgl. Le tissu industriel. Cahiers Français Nr. 211, mai/juin 1983, S. 4—27; Bertrand Bellon/Jean-Marie Chevalier (Ed.), L'industrie en France, Paris 1983.

Rohstoffeinfuhren auszugleichen. Mehr noch: Dieser Überschuß wird ausschließlich im Handel mit Ostblock-, Ölförder- und Entwicklungsländern erzielt (122 Mrd. Francs), während das Defizit mit nahezu allen Industrieländern (insgesamt 56 Mrd. Francs) auf die Probleme der Wettbewerbsfähigkeit verweist. Besonders das in den siebziger Jahren gewachsene Defizit gegenüber den führenden Industrieländern (USA, Japan, Bundesrepublik) bestärkt diejenigen Analysen, die der französischen Wirtschaft nur eine mittlere Position in der Hierarchie der internationalen Arbeitsteilung zuweisen (als „Stärkster unter den Schwachen“ bzw. „Schwächster unter den Starken“)⁴⁾.

2. Das „Erbe“ Giscard

Die Wirtschaftspolitik des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing (1974—1981) und seines Premierministers Raymond Barre trug — obwohl mit dem Image einer liberalen Austeritätspolitik behaftet — durchaus widersprüchliche Züge.

Zumindest in den ersten Jahren überwogen Elemente einer „sozialdemokratischen Krisenlösung“⁵⁾, die die Krisenfolgen durch einen Ausbau des Systems der Sozialleistungen aufzufangen wollte, im Gegenzug die Steuer- und Abgabenquote von 36 % (1974) bis auf 43 % (1981) steigerte und dennoch ungelöste Finanzierungsprobleme des Sozialbudgets hinterließ. Auch in der Einkommenspolitik konnten die Gewerkschaften den Verteilungskampf relativ günstig für die Lohnabhängigen gestalten und Einkommenszuwächse erzielen, die im internationalen Vergleich überdurchschnittlich ausfielen⁶⁾.

⁴⁾ Vgl. Michel Delattre: Points forts et points faibles du commerce extérieur industriel. in: Economie et Statistique Nr. 157, juillet—août 1983, S. 15—30; Jacky Chatelain: les trous du commerce extérieur, Paris 1984, S. 17—55; Christian Deubner et al.: Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung: Interdependenz, Divergenz oder strukturelle Dominanz? In: Robert Picht (Hrsg.), Deutschland — Frankreich — Europa, München 1978, S. 91—136.

⁵⁾ Nach Alain Lipietz, L'audace ou l'enlèvement. Sur les politiques économiques de la gauche, Paris 1984, S. 45.

⁶⁾ Ausführliches Material in: Henrik Uterwedde, Einkommensentwicklung in Frankreich seit der Krise, in: WSI-Mitteilungen, (Juli 1984) 7, S. 402—411.

Die Unternehmen hingegen verzeichneten eine kontinuierliche Verschlechterung ihrer Gewinnsituation, was sich unter anderem in einer Stagnation der Investitionen niederschlug. Mit dem Amtsantritt des Premierministers Barre 1976, spätestens aber nach dem Wahlsieg der Regierungskoalition 1978, gewann ein anderer Kurs Oberhand, der die Krise im wesentlichen durch eine marktbestimmte Anpassung der französischen Wirtschaft überwinden wollte. Dazu gehörte zum einen ein „ordnungspolitischer“ Anlauf Barres zur Liberalisierung der Wirtschaft und die Zurückdrängung staatlicher Reglementierungen und Interventionismen (Abbau der Preiskontrollen; Wettbewerbspolitik; Subventionsabbau). Zweitens richtete sich die Konjunkturpolitik primär an der Rückkehr zu den binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichten aus und räumte der Preisstabilität, dem Haushaltsausgleich, dem Ausgleich der Handelsbilanz und der Stabilität des Franc-Kurses Priorität vor wachstums- und beschäftigungspolitischen Zielen ein. Die Industriepolitik schließlich verfolgte die Strategie einer am Weltmarkt orientierten Strukturanpassung der französischen Industrie (*redéploiement industriel*), die die Aufgabe nicht rentabler Unternehmen, ja ganzer Branchen und die dadurch ausgelöste Arbeitslosigkeit als schmerzhaften, aber unvermeidlichen Preis für die dauerhafte Sanierung der Industrie hinnahm⁷⁾.

3. Das Konzept der Sozialisten

Die Wirtschaftspolitik Giscard wurde von den Linksparteien einer scharfen, grundlegenden Kritik unterzogen. Im Mittelpunkt stand der Vorwurf, die Strategie der Einbindung in (und Anpassung an) den Weltmarkt vernachlässige den Binnenmarkt, opfere ganze Industriebranchen auf dem Altar der kapitalistischen internationalen Arbeitsteilung, betreibe damit eine Auszehrung der Industriestruktur und eine verstärkte Außenabhängigkeit der französischen Wirtschaft. Kern der wirtschaftspolitischen Konzeption der Linksparteien⁸⁾ war dagegen das Leitbild

⁷⁾ Eine umfassende Bilanz der Giscard-Politik bietet die (1981 von Mitterrand eingesetzte) Commission du Bilan (Anm. 2).

⁸⁾ Hier kann nur auf die Programmatik der Sozialisten eingegangen werden. Basistext ist deren Pro-

einer autonomen, eigengesteuerten nationalen Wirtschaftsentwicklung. Ohne die Einbindung in den Weltmarkt, das Freihandelsprinzip und die Integration in die EG grundsätzlich infrage zu stellen, bedeutete dies doch eine deutliche Akzentverschiebung zugunsten binnenwirtschaftlicher Ziele und gesellschaftspolitischer Reformvorstellungen.

Daraus ergab sich die Notwendigkeit grundlegender Strukturreformen in Wirtschaft und Gesellschaft: umfangreiche Nationalisierungen im Industrie- und Bankensektor sollten ebenso wie die Demokratisierung und Aufwertung der indikativen Rahmenplanung (*Planification*) das Instrumentarium für eine wirksamere staatliche Wirtschaftssteuerung bereitstellen. Reformen im Bereich der Unternehmensverfassung, des Steuersystems und der sozialen Sicherung sowie im Bildungs- und Ausbildungssystem sollten sowohl die materiellen Interessen als auch die Mitscheidungsrechte der lohnabhängigen Schichten stärken, soziale Ungleichheiten und hierarchische Strukturen überwinden.

Das wirtschaftspolitische Programm der Sozialisten kann als linkskeynesianisches, binnenmarktorientiertes Konzept für Wachstum und Beschäftigung umschrieben werden. Unter dem Begriff des „sozialen Wachstums“ stellte es eine Verknüpfung von wirtschaftlichen (Wachstum, Arbeitsplätze) und sozialen Zielsetzungen dar (Abbau sozialer Ungleichheiten, Priorität für geringe Einkommen). Es lief darauf hinaus, den Binnenmarkt durch einen Nachfrageschub anzukurbeln, der vor allem vermittle der Erhöhung der Niedriglöhne sowie der Sozialeinkommen erreicht werden sollte.

Den Sozialisten war klar, daß ein derartiges nachfrageorientiertes Wachstum den Außenhandel in die roten Zahlen zu bringen drohte, wenn es nicht durch eine gezielte Industriepolitik zur Stärkung der französischen Produktionsstruktur ergänzt würde. Die Überwindung der oben skizzierten Strukturschwä-

gramm: *Projet socialiste pour les années 80*, Paris 1980. Eine Einordnung und einen Vergleich mit den Kommunisten bietet Udo Rehfeldt: *Gemeinsames Programm, Krise und internationale Arbeitsteilung — die Grenzen des Reformismus*, in: *Leviathan*, (1978) 1, S. 19—44. Unkritisch dagegen Alphonse Losser, *Frankreichs Wirtschaftspolitik seit dem 10. Mai 1981*, in: *Wirtschaft und Gesellschaft*, (1983) 3, bes. S. 341—351.

chen und Abhängigkeiten der Industrie, die Aufrechterhaltung einer breitgefächerten, diversifizierten Produktion nach deutschem bzw. japanischem Vorbild, vor allem aber die Rückgewinnung einer gewissen Autonomie der französischen Industrie im Bereich der

Schlüsselsektoren: diese Zielvorstellungen sollten nicht länger dem „freien Spiel“ des Weltmarkts bzw. der multinationalen Unternehmen überlassen werden, sondern waren für die Sozialisten Aufgabe einer gezielten staatlichen Industriepolitik.

Indikatoren der französischen Wirtschaftsentwicklung 1980—1984

	1980	1981	1982	1983	1984
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	1,4	0,4	2,1	0,9	1,7*)
Industrieproduktion ¹⁾	- 0,5	- 1,0	- 1,1	0,3	2,0*)
Arbeitslosigkeit ²⁾	6,4	7,8	8,8	9,0	10,0*)
Preise ¹⁾	13,3	13,1	11,8	9,6	7,5*)
Verfügbare Einkommen der Haushalte ¹⁾	- 0,1	2,9	2,7	- 0,3	0,2*)
Außenhandels-Saldo ³⁾	- 62,0	- 50,0	- 93,5	- 48,9	- 25,0*)

*) Schätzungen

1) jährliche Entwicklung in %

2) Arbeitslosenquote

3) in Mrd. Francs

Quelle: INSEE nach Le Monde v. 17. 1. 1985, S. 21

II. Mitterrands Wirtschaftspolitik in der Praxis

Die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung hat sich im Verlauf von knapp vier Jahren teilweise einschneidend verändert.

— Die *erste Phase* 1981/1982 stand programmgemäß im Zeichen der Strukturreformen, mit denen die Wirtschafts- und Sozialpolitik auf eine neue Grundlage gestellt wurde (vgl. 1.). Gleichzeitig wurde in der Konjunkturpolitik ein Wachstums- und Beschäftigungsprogramm nach dem Konzept des „sozialen Wachstums“ eingeleitet (vgl. 2.).

— Die *zweite Phase* setzte ansatzweise im Juni 1982 und endgültig im März 1983 ein, als zunehmende außenwirtschaftliche Schwierigkeiten (Handelsbilanzdefizit, Franc-Abwertungen) einen Kurswechsel in der Konjunkturpolitik erzwangen. Fortan dominierte ein Brems- und Sparkurs, dessen Ziel die Rückgewinnung der binnenwirtschaftlichen Stabilität und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts war (vgl. 2.).

— Die *dritte Phase* begann Anfang 1984, als die Regierung einen Kurswechsel in der Industriepolitik vollzog und endgültig klarstellte,

daß eine Reihe von Branchen um einschneidende Sanierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen nicht herumkommen könnten (vgl. 3.). Diese mit dem Abbau zahlreicher Arbeitsplätze verbundene, wenngleich sozial „abgefederte“ neue Politik veranlaßte letztlich die kommunistische Partei im Juli 1984 zum Austritt aus der Regierung und zum Bruch mit dem einstigen sozialistischen Bündnis- und Koalitionspartner.

Der gegenwärtige Kurs, hervorragend repräsentiert durch Premierminister Laurent Fabius, einen smarten Technokraten, stellt insgesamt eine liberale Wende gegenüber den ursprünglichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Ansätzen der sozialistischen Regierung dar.

1. Die Strukturreformen

Die von der Linksregierung eingeleiteten Strukturreformen haben die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in unterschiedlichem Ausmaß verändert.

Die *Reform der Sozialbeziehungen* brachte den Beschäftigten in den Unternehmen und im öffentlichen Dienst neue Rechte, die aber die bestehenden Formen der Arbeitnehmervertretung im Betrieb nicht grundsätzlich veränderten, sondern nur weiterentwickelten.

Auch die gesetzliche Verpflichtung der Tarifparteien zu jährlichen Verhandlungen über Gehälter und Arbeitszeiten auf Unternehmens- und auf Branchenebene hat bislang keine wirkliche Veränderung der traditionell schwierigen und lückenhaften industriellen Arbeitsbeziehungen nach sich gezogen⁹⁾.

Die *Reform der Planification* (verstärkter sozialer Dialog, Regionalisierung, bessere Verankerung im Staatshaushalt) hat ebenfalls nur begrenzte Veränderungen bewirkt. Die Planification hat weiterhin den Charakter einer lockeren mittelfristigen Rahmenplanung und eines Instruments des sozialen Dialogs bzw. der Konsensbildung, ist aber weit davon entfernt, die einst von den Linksparteien geforderte zentrale Steuerungsfunktion für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik auszuüben¹⁰⁾.

Zumindest mittelfristig verspricht dagegen die 1982 eingeleitete *Dezentralisierung*, tiefgreifende Strukturveränderungen auch für die Wirtschaft nach sich zu ziehen. Durch das Aufbrechen der jahrhundertealten zentralistischen Verwaltungsstruktur und die schrittweise Übertragung neuer Kompetenzen und Ressourcen auf die Gebietskörperschaften sind Gemeinden, Departements und Regionen dabei, zu eigenständigen wirtschaftspolitischen Akteuren mit wachsender Bedeutung aufzusteigen. Allein die 1984 abgeschlossenen Verträge zwischen Staat und Regionen im Rahmen des 9. Planes sehen Programme zur regionalen Wirtschafts- und Technologieförderung in Höhe von 64 Mrd. Francs (verteilt auf 5 Jahre) vor¹¹⁾.

⁹⁾ Vgl. Wolfgang Neumann, Reform oder „stille Revolution“? Die neuen Rechte der Arbeitnehmer im Betrieb, in: Dokumente, (Sept. 1982) 3, S. 241—246; Le Monde v. 17. 1. 1985, S. 21 (zur Entwicklung der Verhandlungen).

¹⁰⁾ Vgl. Bernard Cazes, Les traits nouveaux de la planification française et le IXe Plan, in: Problèmes économiques, (15. 2. 1984) 1861, S. 2—9.

¹¹⁾ Vgl. Claude Bunodière/Patrick Coquidé, Contrats de plan Etat-régions: quelles orientations? In: Problèmes économiques, (16. 8. 1984) 1886, S. 20—22.

Die unmittelbar stärksten Veränderungen aber hat zweifellos das umfangreiche *Nationalisierungsprogramm* bewirkt, mit dem 1981/82 12 Industriekonzerne, 39 Banken und 2 Finanzholdings in öffentlichen Besitz übergingen. Damit erhöhte sich das Gewicht des öffentlichen Sektors an der gesamten Volkswirtschaft

— bei den Beschäftigten von 13 % auf 16 % (1,9 Mio.);

— bei den Exporten von 11 % auf 23 %;

— bei den Investitionen von 29 % auf 36 %.

In einzelnen Sektoren ergeben sich noch stärkere staatliche Anteile: Die öffentlichen Banken repräsentieren nunmehr 90 % der Einlagen und 85 % der Kreditsumme an die Wirtschaft. In der Eisen- und Stahlindustrie beherrschen die Firmen Usinor und Sacilor 80 % des Marktes, in der Chemie entfällt knapp die Hälfte des Umsatzes auf die öffentlichen Unternehmen, vor allem Rhône-Poulenc und Péchiney. Mit Thomson und CGE ist in der Elektro- und Elektronikindustrie ein mächtiger staatlicher Pol entstanden¹²⁾.

Mit dem so erweiterten nationalisierten Wirtschaftssektor hatte sich die Regierung neue Interventionsmöglichkeiten geschaffen, die sie für ihre industriepolitischen Ziele zu nutzen gedachte (vgl. 3.).

2. Konjunkturpolitik: Vom „sozialen Wachstum“ zur „rigueur“

a) Das Wachstumsprogramm der ersten Phase

Gleich nach ihrem Amtsantritt im Mai 1981 stellte die Regierung Mitterrand/Mauroy die Weichen in der Konjunkturpolitik neu. Entsprechend den neuen Prioritäten — Wachstum und Abbau der Arbeitslosigkeit — wurde eine Politik eingeleitet, deren Elemente aus einer Ankurbelung der Binnennachfrage und spezifischen beschäftigungspolitischen Maßnahmen bestanden¹³⁾.

¹²⁾ Vgl. Revue économique, (Mai 1983) 3, Les nationalisations. Am umfassendsten: Haut Conseil du secteur public: Rapport 1984, Paris 1984, 2 Bde. (Zahlen aus Bd. 1, S. 13).

¹³⁾ Vgl. zum folgenden Pierre-Alain Muet/Alain Fonteneau, La politique conjoncturelle de la gauche: la relance contrariée, in: Les politiques économiques. Cahiers Français (oct.—déc. 1984) 218,

— Zu den *nachfragewirksamen Maßnahmen* zählte die Erhöhung des staatlich festgelegten branchenübergreifenden Mindestlohnes SMIC (Salaire minimum interprofessionnel de croissance), in Frankreich ein Instrument direkter lohnpolitischer Einwirkung durch die Regierung. Von Juni 1981 bis März 1983 wurden insgesamt neun Erhöhungen vorgenommen, die den betroffenen Beschäftigten reale Lohnsteigerungen von 4,6 % (1981) und 5,2 % (1982) brachten. 940 000 Personen vor allem in Niedriglohnbranchen profitierten 1981 direkt von den Erhöhungen, dazu kamen — allerdings schwer zu berechnende — Anstoßeffekte in den unmittelbar über dem SMIC liegenden Lohngruppen.

Einen noch stärkeren Nachfrageeffekt hatte die Erhöhung bzw. Verbesserung zahlreicher Sozialleistungen, wodurch die Sozialeinkommen (Renten, Familienbeihilfen usw.) um 5,1 % (1981) und 6,7 % (1982) gesteigert wurden.

Schließlich wurden mit Hilfe einer expansiven Haushaltspolitik nicht nur die Sozial- und Personalausgaben erhöht, sondern auch neue Schwerpunkte der Investitionsförderung gesetzt (öffentliche Infrastruktur, Wohnungsbau, Forschung und Entwicklung, industrielle Modernisierung).

— Eine direkte *beschäftigungspolitische* Wirkung hatte die — allerdings kostspielige und später teilweise zurückgenommene — Ausweitung der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst: zwischen 1981 und 1983 wurden in den Pariser Zentralverwaltungen sowie in den Gebietskörperschaften insgesamt 240 000 zusätzliche Stellen geschaffen.

Gleichzeitig wurde durch ein Abkommen zwischen Staat und Tarifparteien im Juli 1981 ein Einstieg in die Arbeitszeitverkürzung gemacht. Eine Regierungsverordnung setzte im Januar 1982 die wöchentliche Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden bei vollem Lohnausgleich herab, machte die fünfte bezahlte Urlaubswoche für alle Arbeitnehmer verbindlich und unterwarf Überstunden und Interimsarbeit

S. 48—53 (quantifizierte Wirkungsanalyse des Nachfrageprogramms; dort auch die verwendeten Zahlenangaben). Ferner Max Steinacker/Andreas Westphal, *Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich — vom projet socialiste zur sozialdemokratischen Modernisierung der Volkswirtschaft*, Berlin 1985.

gewissen Beschränkungen. Das Rentenalter wurde auf 60 Jahre herabgesetzt.

Der weitere Abbau der Wochenarbeitszeit — geplant war eine schrittweise Verringerung auf 35 Stunden — wurde den Verhandlungen der Tarifparteien überlassen, ist dann allerdings versandet. Unterschiedliche Berechnungen über die Wirkung der 39-Stunden-Woche gehen von 14—28 000 bzw. 25—40 000 neugeschaffenen Arbeitsplätzen im Industrie- und Dienstleistungssektor aus¹⁴⁾.

Den wichtigsten Effekt für den Arbeitsmarkt hatten schließlich spezifische Maßnahmen der Beschäftigungspolitik: Hilfen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Beschäftigung von Jugendlichen, die Verbesserung der beruflichen Bildung und Eingliederung von arbeitslosen Schulabgängern, sowie die Herabsetzung des Rentenalters. „Solidaritätsverträge“ zwischen dem Staat und Unternehmen bzw. Gebietskörperschaften schufen Anreize zum vorzeitigen Ausscheiden älterer Arbeitnehmer bei gleichzeitiger Neubesetzung der Stellen.

Die Regierung setzte mit ihrer Politik ein deutliches Zeichen zugunsten ärmerer und benachteiligter Bevölkerungsschichten, für die sie den politischen Wechsel konkret und positiv erfahrbar machte: Ökonomische Analysen haben ihr zudem bescheinigt, daß der von ihr ausgelöste Nachfrageschub in der Größenordnung von ca. 25 Mrd. Francs recht gemäßigt ausgefallen ist¹⁵⁾.

Allerdings hatte die Regierung leichtfertig und voreilig den Prognosen der OECD und anderer Institute vertraut, die für 1982 einen weltweiten Konjunkturaufschwung voraussahen. Nach dem Kalkül der Regierung sollte dieser Aufschwung im Verein mit einem — vom neuen nationalisierten Sektor getragenen — Investitionsschub die Wachstumsimpulse des Nachfrageprogramms von 1981 weiter tragen und ihnen eine Eigendynamik geben. Aber die internationale Konjunkturbelebung blieb aus; auch verweigerten sich die EG-Partner dem französischen Vorschlag einer konzertierten Wachstumspolitik. So bildete sich ein Konjunkturgefälle zwischen Frankreich und seinen Nachbarn heraus; die

¹⁴⁾ Muet/Fonteneau (Anm. 13), S. 52.

¹⁵⁾ Ebd., S. 53.

Steigerung der Binnennachfrage kam in erster Linie der Auslandskonkurrenz zugute, nicht aber den französischen Produzenten. Die Regierung hatte auch die Fähigkeit der eigenen Industrie überschätzt, ihr Angebot an die neue Nachfrage anzupassen.

Damit verflüchtigte sich die erhoffte neue Wachstumsdynamik zusehends, während sich umgekehrt die Handelsbilanz verschlechterte, die Defizite der öffentlichen Finanzen sich verschärften und die Inflation angeheizt wurde.

b) Der Delors-Plan

Es waren schließlich die außenwirtschaftlichen Schwierigkeiten, die einen Kurswechsel der französischen Konjunkturpolitik herbeiführten¹⁶⁾.

Als am 12. 6. 1982 der Franc im Rahmen des Europäischen Währungssystems abgewertet wurde, legte Wirtschaftsminister Jacques Delors ein binnenwirtschaftliches Begleitprogramm vor, in dem schon die veränderten Prioritäten und die Hinwendung zu einer restriktiveren Haushalts- und Konjunkturpolitik zum Ausdruck kamen. Preise, Löhne und sonstige Einkommen wurden bis zum 31. 10. 1982 eingefroren. Danach sollte ihre Entwicklung auf dem Verhandlungswege auf die angestrebte niedrigere Inflationsrate heruntergeschraubt werden, was nichts anderes als einen Ausstieg aus den traditionellen Gleitklauseln (Anpassung der Einkommen an die Preisentwicklung) bedeutete. Haushaltskürzungen um 30 Mrd. Francs, eine Mehrwertsteuer-Erhöhung um 1 % sowie ein Sanierungsplan in der Sozialversicherung (November 1982) mit Leistungseinschränkungen und Beitragserhöhungen waren weitere Elemente der neuen Politik.

Die damit eingeleitete Rückkehr zur Preisstabilität erwies sich allerdings als unzureichend, zumal in den Nachbarländern die Inflation noch rigoros zurückgeschraubt wurde. So öffnete sich die Schere der Preisentwicklung zwischen Frankreich und seinen Konkurrenten, der Außenhandel schloß 1982 mit einem Rekorddefizit von 93,5 Mrd. Francs

¹⁶⁾ Zur zweiten Phase vgl. Muet/Fonteneau (Anm. 13), S. 54—59: La politique conjoncturelle de la gauche: à la recherche d'un nouvel équilibre; Alain Lipietz (Anm. 5), S. 206—228.

ab, der Franc geriet erneut unter Abwertungsdruck.

Die Wechselkursanpassung vom 21. 3. 1983 markierte die endgültige Wende der sozialistischen Konjunkturpolitik und ihre Anpassung an den restriktiven Sparkurs der Nachbarländer. Wirtschaftsminister Delors setzte ein Sparprogramm (Delors-Plan) durch, das der französischen Volkswirtschaft insgesamt 65 Mrd. Francs (ca. 2 % des Sozialprodukts) entziehen sollte. Seine Logik war klar: höhere Einnahmen und Ausgabenkürzungen sollten die Defizite der öffentlichen Haushalte eindämmen; die Dämpfung der Binnennachfrage sollte die Importe reduzieren und damit eine Rückkehr zum Außenhandelsgleichgewicht ermöglichen. Eine restriktivere Lohnpolitik sollte die Inflationsrate zusätzlich herunterdrücken.

Die Maßnahmen des Delors-Planes trafen, wengleich in unterschiedlichem Ausmaß, vor allem die privaten Haushalte: eine nach drei Jahren rückzahlbare Zwangsanleihe in Höhe von 10 % der zuletzt gezahlten Einkommensteuer für mittlere bis höhere Einkommen, eine Sonderabgabe von 1 % auf das steuerpflichtige Einkommen zugunsten der Sozialversicherung und eine Erhöhung der öffentlichen Tarife.

Der Kurswechsel vom März 1983 war eine grundsätzliche Entscheidung, deren Bedeutung weit über die Konjunkturpolitik hinausging. Erstmals war auch einer breiten Öffentlichkeit klargeworden, daß unter den Bedingungen einer offenen, eng in die Weltwirtschaft eingebundenen Wirtschaft eine isolierte nationale Wachstumspolitik unweigerlich das außenwirtschaftliche Gleichgewicht gefährdete. In diesem Zielkonflikt entschied sich Delors — gegen heftigen innenpolitischen Widerstand der Kommunisten und innerhalb der sozialistischen Partei¹⁷⁾ — für ein Festhalten am Freihandelsprinzip, an der EG-Einbindung und insbesondere für den Ver-

¹⁷⁾ Zur Diskussion innerhalb des PS, auf die hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden kann, vgl.: Les Gracques (Hrsg.), Pour réussir à gauche, Paris 1983 (Rocard-Flügel); Jacques Mandrin, Le socialisme et la France, Paris 1983 (CERES-Flügel). Ferner Jacques Mazier, La politique économique de la gauche: les deux logiques, in: Critiques de l'économie politique, (Janv.—mars 1985) 30, S. 7—48 (CERES-Flügel).

bleib im EWS. Dies hieß aber gleichzeitig, die sich daraus ergebenden Anpassungszwänge und die Verengung der Handlungsspielräume für die französische Wirtschaftspolitik zu akzeptieren. Damit rückte die sozialistische Regierung vom wirtschaftspolitischen Voluntarismus der ersten Phase ab und vollzog eine Anpassung an den konservativ-liberalen Kurs der Nachbarländer.

Der von Delors eingeleitete Spar- und Bremskurs wurde auch von seinem Amtsnachfolger Pierre Bérégovoy (ab Juli 1984) beibehalten. Ein neuer Akzent wurde mit dem Haushaltsplan für 1985 gesetzt. Mit einer Einkommen- und Gewerbesteuersenkung und der Abschaffung der 1983 eingeführten Sonderabgabe zugunsten der Sozialversicherung wurde eine als „historisch“ verkündete Senkung der Steuer- und Abgabenlast eingeleitet. Dies war nur eines von mehreren Zeichen, mit denen der im Juli 1984 eingesetzte Premierminister Laurent Fabius eine Neubestimmung der Grenzen zwischen Staat und Wirtschaft signalisierte und eine liberalere, die Unternehmensfunktion nunmehr in den Vordergrund stellende Politik ankündigte¹⁸).

3. Industriepolitik: Vom Voluntarismus zum „industriellen Liberalismus“

a) Die Sektorenprogramme

Zu Recht hatte die Linke darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten der französischen Wirtschaft nicht allein konjunktureller, sondern auch struktureller Natur seien, und die Notwendigkeit einer ehrgeizigen Industriepolitik betont. Die großen Orientierungen dieser Industriepolitik¹⁹ seit 1981 umfaßten:

— eine neue Priorität für die industrielle Entwicklung und Modernisierung (was in Frankreich alles andere als selbstverständlich ist);

¹⁸) Vgl. Pierre Bérégovoy, *Les grandes orientations de la politique économique en 1985*, in: *Notes bleues*, (31. 12. 1984 — 6. 1. 1985) 209, S. 1—11.

¹⁹) Zur Industriepolitik vgl. Ministère de la recherche et de l'industrie (Ed.), *Une politique industrielle pour la France*. Paris 1983; *La politique industrielle*. Cahiers Français, (juillet—août 1983) 212; Steinacker/Westphal (Anm. 13); Wolfgang Neumann/Henrik Uterwedde, *Industriepolitik in Frankreich und der Bundesrepublik*, erscheint 1985.

— die Überwindung der Strukturschwächen der französischen Industrie, die sich aus ihrer sektoralen Unausgewogenheit ergeben;

— die Forcierung der unter Giscard vernachlässigten Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen und eine Vorwärtsstrategie im Bereich der neuen technologischen Entwicklungen;

— die „Rückeroberung des Binnenmarktes“ und die Wiedergewinnung einer relativen Autonomie der französischen Wirtschaft.

Dem erweiterten nationalisierten Sektor war eine Schlüsselrolle bei der Verwirklichung der neuen industriellen Strategie zugeordnet.

Zunächst freilich mußte der Staat seine Rolle als neuer Aktionär spielen und „seinen“ Unternehmen neues Eigenkapital zuführen. Dies erwies sich als durchaus kostspieliges Unterfangen: allein die neu-nationalisierten Industriegruppen erhielten 1982 6 Mrd., 1983 12,4 Mrd. und 1984 und 1985 je 15 Mrd. Francs staatlicher Zuwendungen, die allerdings nicht ausreichten, um die hohen Defizite und die wachsende Verschuldung der öffentlichen Industriegruppen einzudämmen²⁰). Hervorzuheben aber ist, daß der Staat seit 1982 mehr für die Eigenkapitalausstattung dieser Unternehmen getan hat als die früheren privaten Eigner, und daß eine Reihe von Konzernen schon vor 1981 in finanziellen Schwierigkeiten steckten. Dies gilt besonders für die Stahlunternehmen, aber auch für Rhône-Poulenc, Bull, Thomson und andere. Insofern „hätte auch eine liberale Regierung in analoger Weise intervenieren müssen, um die großen Konzerne vor dem Konkurs zu bewahren“²¹).

Die Regierung nahm weiterhin eine Reihe von Umstrukturierungen vor, mit denen die industriellen Aktivitäten der nationalisierten Unternehmen neu geordnet und voneinander abgegrenzt wurden. So erfolgte in der Stahlindustrie eine Konzentration um die beiden Pole Sacilor und Usinor. Der Mischkonzern Pechiney-Ugine Kuhlmann gab seine defizitäre Chemie- und Stahlproduktion ab und konzentrierte sich auf den Aluminiumsektor.

²⁰) Zahlen nach *Le Monde* v. 13. 3. 1985, S. 41. Vgl. auch François de Witt, *Le fardeau du secteur public*, in: *L'Expansion*, (22. 4. 1983) 214, S. 55—59.

²¹) Christian Stoffaes, *Les restructurations depuis 1982*, in: *Les nationalisations*. Cahiers Français, (Janv.—fév. 1984) 214, S. 56.

In der Elektroindustrie wurden mehrere staatliche „Unternehmenspole“ geschaffen: z. B. Bull für die Büroelektronik, Thomson und Matra-Harris für elektronische Bauelemente; ein Abkommen zwischen CGE (Telekommunikation) und Thomson (Unterhaltungselektronik u. a.) grenzte die Produktionsbereiche beider Gruppen neu voneinander ab.

Sektorale Schwerpunkte der sozialistischen Industriepolitik wurden die technologischen Spitzenindustrien. Die großen Technologieprojekte der Giscard-Ära (Luft- und Raumfahrt, Kommunikationstechnik, Nuklearindustrie) wurden fortgeführt und erweitert. Die unter Giscard erheblich rückläufigen staatlichen Haushaltsmittel für Forschung und Technologie wurden in großem Umfang aufgestockt und Aktionsprogramme zur Entwicklung der Bioindustrien und zur Einführung neuer Technologien in der verarbeitenden Industrie beschlossen. Vor allem aber legte die Regierung im Juli 1982 ein umfassendes Fünf-Jahres-Programm vor, das erstmals alle zum Elektronik-Bereich gehörenden Branchen einschließt (Aktionsprogramm „filière électronique“). Es handelt sich dabei um eine Vorwärtsstrategie, die — gestützt auf die starken Positionen in einigen Branchen wie der Raumfahrt, der Telekommunikation und der professionellen Elektronik — die bestehenden Lücken in anderen Feldern (Bauelemente, Informatik, Unterhaltungselektronik) schließen will, um die französische Präsenz und Wettbewerbsfähigkeit in allen Gliedern dieser „Elektronik-Kette“ zu sichern²²).

Angesichts akuter Krisen in traditionellen Branchen der Konsumgüterindustrie (Textil- und Bekleidungsindustrie, Lederverarbeitung, Möbel und Spielzeuge, u. a.), der Kohle- und der Stahlindustrie sah sich die Regierung aber auch zu sektoralen Krisenplänen veranlaßt, die durchweg den Charakter defensiver Erhaltungsstrategien (allerdings teilweise ergänzt durch mittelfristige Modernisierungspläne) trugen.

b) Die Sanierungspläne

Ein Kurswechsel in der Industriepolitik deutete sich schon im Jahre 1983 an. Die aufgrund des neuen Sparkurses verengten Haushaltsspielräume zwangen die Regierung, deutlichere Prioritäten zu setzen. Im Oktober kündigte Industrieminister Fabius schon an, daß die knappen Ressourcen eine Konzentration auf die „zukunftssichernde“ Beherrschung der neuen technologischen Verfahren und Produkte erforderten, und daß ein Kapazitäts- und Beschäftigungsabbau in anderen Industriezweigen nicht verhindert werden könne.

Konkretisiert wurde der neue Kurs mit dem am 8. 2. 1984 verabschiedeten „Aktionsplan für Beschäftigung und industriellen Wandel“, von dem drei „klassische“ Krisenbranchen (Werften, Stahl, Kohle) sowie zwei „moderne“ Branchen mit Wettbewerbs- bzw. Sättigungsproblemen (Automobilindustrie, Telefonbau) betroffen waren²³). Kern des Planes ist die Modernisierung und jahrelange verschleppte Strukturanpassung der betreffenden Branchen im Sinne einer „Gesundschumpfung“-Therapie. Was dies im einzelnen bedeutet, wurde erstmals in aller Klarheit am Sanierungsplan für die Stahlindustrie vom 29. 3. 1984 deutlich: Um den seit Jahren ununterbrochenen, kostspieligen Subventionsfluß (60 Mrd. Francs seit 1966) zu stoppen und die Stahlunternehmen finanziell zu sanieren, wurde unter anderem ein beschleunigter Kapazitäts- und Stellenabbau verfügt, dem 25 000 Arbeitsplätze innerhalb von 4 Jahren zum Opfer fallen sollen. Umfangreiche sozial- und regionalpolitische Begleitmaßnahmen haben die Aufgabe, die erwarteten Arbeitsplatzverluste abzufedern. In 14 von den Umstrukturierungen besonders betroffenen lokalen Beschäftigungsmärkten (pôles de conversion) wurden besondere Investitionsanreize und Erleichterungen geschaffen, mit denen Unternehmensneugründungen oder -ansiedlungen in diesen Gebieten gefördert werden. Den von der Arbeitslosigkeit betroffenen Beschäftigten wurden teils klassische Sozialmaßnahmen wie der Vorruhestand mit 55

²²) Vgl. Exemple: la filière électronique, in: Cahiers Français, (juil.—août 1983) 212, S. 41f.; Jean-Hervé Lorenzi, La filière électronique, in: Problèmes économiques, (7. 11. 1984) 1897, S. 26—28.

²³) Vgl. La lettre de Matignon (13. 2. 1984) 93, (Emploi et mutations industrielles) und (16. 4. 1984) 102, (Sidérurgie); François Grosrichard, Pôles de conversion — un lourd et coûteux dispositif, in: Le Monde v. 5. 2. 1985, S. 23.

Jahren, teils aber auch neuartige Fortbildungsmöglichkeiten geboten (zweijähriger bezahlter „Umschulungsurlaub“ in der Stahl- und Schiffbauindustrie).

Kennzeichen der neuen industriepolitischen Linie ist eine Abkehr vom staatlichen Voluntarismus und ein stärkeres Gewicht horizontaler Maßnahmen, die vor allem auf verbes-

III. Bilanz

Eine Bilanz nach vier Jahren sozialistischer Wirtschaftspolitik in Frankreich muß diese als ökonomisch widersprüchlich und politisch eindeutig negativ beurteilen.

Nimmt man die ökonomischen Kennziffern²⁵⁾, so können sich die Ergebnisse der Regierung Mitterrands durchaus sehen lassen, vor allem wenn man sie mit den Maßstäben ihrer konservativen Gegner und Vorgänger mißt.

Die Preissteigerungsrate von 6,7% (Ende 1984) stellt das niedrigste Niveau seit 12 Jahren dar. Dieser Erfolg wird auch nicht dadurch geschmälert, daß er in einer Periode internationaler Deflation erzielt wurde: Der Abstand der Inflationsraten zum wichtigsten Handelspartner Bundesrepublik konnte ebenfalls von 8% (1980) auf 4,7% (1984) reduziert werden. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß ein Teil der Preise, vor allem im Handel und in der Konsumgüterindustrie, trotz schrittweiser Liberalisierung weiterhin staatlichen Reglementierungen und Beschränkungsabkommen unterworfen ist.

Die Situation des Außenhandels hat sich deutlich gebessert. Das Defizit von 93,5 Mrd. Francs (1982) ist 1984 auf 25 Mrd. reduziert worden; für 1985 wird die Rückkehr zum Gleichgewicht erwartet. Der Delors-Plan hat mithin seine Früchte getragen. Aber die Verbesserung ist überwiegend konjunktureller Natur und verbirgt, daß die französische Ex-

serte Rahmenbedingungen für die Unternehmen abzielen und deren Rolle aufwerten. Das bedeutet aber auch eine Rückkehr zu jener besonderen „französischen Spielart des industriellen Liberalismus: Der Staat verfolgt eine Politik der Rahmenbedingungen, finanziert die Restrukturierungen der Privatindustrie, verwaltet den industriellen Verzicht und die Beschäftigungsprobleme.“²⁴⁾

portwirtschaft weniger als ihre Konkurrenten vom weltweiten Handelsaufschwung profitierte, also ihre internationale Wettbewerbsposition nicht verbessern konnte²⁶⁾.

Hier zeigen sich die Grenzen einer Politik, die das Außenhandelsdefizit allein durch konjunkturpolitische Mittel bekämpft hat.

Kehrseite der erfolgreichen Rückkehr zum Gleichgewicht ist eine „historische“ Trendwende in der Einkommensentwicklung und -verteilung seit 1982. Erstmals seit Beginn der Krise wurde der Anstieg der Löhne, Gehälter und Sozialeinkommen deutlich gebremst. 1984 fielen die Lohnerhöhungen erstmals seit 20 Jahren geringer als die Inflationsrate aus. Auch die Haushaltseinkommen verzeichneten nach den starken Zuwächsen von 1981/82 in den darauffolgenden Jahren erstmals einen wenn auch geringen Rückgang. Dennoch bleibt den Haushalten insgesamt ein Kaufkraftzuwachs von real 5,6% gegenüber 1980.

In der Einkommensverteilung hat der neue Kurs der Regierung zugunsten der Unternehmenserträge bereits volle Wirkung gezeigt. Die seit 1972/73 geöffnete Schere zwischen rückläufiger Gewinn- und steigender Lohnquote hat sich 1982/83 erstmals umgekehrt und schließt sich seither deutlich zugunsten der Unternehmensgewinne²⁷⁾.

²⁴⁾ Vgl. Frédéric Bricnet, Virages et dérapages de la politique industrielle, in: Critiques de l'économie politique, (janv.—mars 1985) 30, S. 57.

²⁵⁾ Zahlen nach: Situation et perspectives de l'économie française (note de conjoncture de l'INSEE, février 1985), passim.

²⁶⁾ Ebd., S. 15—24. Vgl. auch Jean-Marie Dano, Les difficultés du commerce extérieur et la pénétration croissante du marché intérieur par la production étrangère, in: Problèmes économiques, (7. 11. 1984) 1897, S. 23—26.

²⁷⁾ Vgl. Uterwedde (Anm. 6), S. 403f.; Alain Vernholes, La cassure, in: Le Monde (Ed.), Bilan économique et social 1984, Paris 1985, S. 150—153.

Besonders schwerwiegend aber ist das Scheitern im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Nachdem die Politik der ersten Phase eine vorübergehende Stabilisierung der Arbeitslosenzahl bewirkt hatte — von Mitte 1982 bis Oktober 1983 blieb sie auf dem allerdings hohen Niveau von 2 Millionen — stieg die Zahl der Erwerbslosen infolge des wirtschaftspolitischen Kurswechsels wieder an und hatte Ende 1984 2,4 Millionen erreicht. Ein besonders schwerwiegendes strukturelles Problem, das mit dem französischen Bildungs- und Ausbildungssystem zusammenhängt, ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit: Im Oktober 1984 war jeder vierte Jugendliche unter 25 Jahren erwerbslos²⁸⁾.

Politisch ist die Linke mit ihrem Anspruch, einen grundsätzlich anderen Weg zur Überwindung der Krise aufzeigen zu können, gescheitert. Sie ist dabei nicht nur Opfer ihres eigenen programmatischen Maximalismus geworden, sondern auch ihrer leichtfertigen Unterschätzung der außenwirtschaftlichen Zwänge, die sich aus den besonderen Struktur- und Wettbewerbsschwächen der französischen Wirtschaft ergeben²⁹⁾. Mit ihrer doppelten Kurskorrektur in der Konjunktur- und Industriepolitik hat die Regierung gleichzei-

tig einen Großteil ihrer ursprünglichen wirtschaftspolitischen Konzeption über Bord geworfen. Die Austeritätspolitik seit 1983, die einschneidenden industriellen Umstrukturierungen seit 1984 stellen — selbst mit ihren umfangreichen sozialen Begleitmaßnahmen — de facto eine Annäherung an die Politik Giscard/Barres dar.

Regierung und sozialistische Partei haben versucht, das hier entstandene konzeptionelle Loch zu stopfen und mit dem Begriff der „Modernisierung“ der gegenwärtigen Politik eine mittelfristige Perspektive zu geben: Die eingeleiteten Strukturreformen, die neue Priorität für Forschung, Entwicklung und neue Technologien, aber auch die schmerzhaften Strukturanpassungen in den Krisenbranchen werden hier zu einer Gesamtstrategie gebündelt, deren Ziel die Überwindung überkommener Strukturschwächen und die Bewältigung der neuen technologischen Herausforderungen ist³⁰⁾. Ob dieser Diskurs ausreicht, um der grauen Regierungspraxis und dem „Sozialismus à la française“ zu jener neuen Attraktivität zu verhelfen, die beide dringend nötig haben, darf — ein Jahr vor den Parlamentswahlen — bezweifelt werden.

²⁸⁾ Vgl. *Le Monde* v. 23. 11. 1984, S. 31.

²⁹⁾ Beste Analyse dazu immer noch Rehfeldt (Anm. 8).

³⁰⁾ Vgl. *Le poing et la rose*, (Nov. 1984) 111, S. 2—9 (Projet de résolution „Modernisation et progrès social“).

Frankreichs Außenpolitik nach de Gaulle (1974—1984)

I. Vorbemerkung

Die Wahl Valéry Giscard d'Estaings zum 3. Staatspräsidenten der V. Republik am 19. Mai 1974 signalisierte den politischen Abstieg der Gaullisten als repräsentative politische Kraft in Frankreich; sie sollte nach der Auffassung Giscard d'Estaings eine neue Ära in der französischen Politik einleiten. Die „Ära“ Giscard d'Estaing dauerte jedoch nur ein Septennat, als er in der Präsidentschaftswahl 1981 seinem sozialistischen Gegner François Mitterrand unterlag. Während Mitterrand 1974 mit nur ca. 400 000 Stimmen verloren hatte, gewann er 1981 deutlich im zweiten Wahlgang mit 51,74 Prozent gegenüber 48,24 Prozent der Wählerstimmen¹⁾. Damit hatte sich ein weiterer Wechsel in der V. Republik vollzogen, denn zum ersten Mal konnte das bürgerliche Lager nicht mehr den Staatspräsidenten stellen. Die anschließenden Neuwahlen der Nationalversammlung brachten den Sozialisten

einen großen Sieg²⁾, so daß sie seit Beginn der achtziger Jahre die dominierende politische Kraft Frankreichs waren und Gaullisten und Giscardisten nur die Rolle der Opposition blieb. Welche Folgerungen ergaben sich aus diesem doppelten Wechsel für die französische Außenpolitik, nämlich aus dem Wechsel innerhalb der bürgerlichen Mehrheit und dem Wechsel von bürgerlicher zu sozialistisch/kommunistischer Mehrheit? Waren die gaullistischen Weichenstellungen, die sich insbesondere in der Politik der Unabhängigkeit, Größe und Entscheidungsfreiheit Frankreichs zeigten³⁾, auch unter veränderten politischen Vorzeichen noch gültig? Wurden dramatische Wendungen in der Außenpolitik vorgenommen? Überwog die Kontinuität oder die Diskontinuität? Diese und weitere Fragen sollen im Vordergrund dieser Analyse abgehandelt werden.

II. Ausgangsbasis und außenpolitischer Entscheidungsprozeß unter Giscard d'Estaing

Der dritte Präsident der V. Republik besaß gegenüber de Gaulle und Pompidou eine schwächere Ausgangsposition. 1. hatte er gegen die Gaullisten im 1. Wahlgang kandidiert, 2. besaß er gegenüber seinem Rivalen Mitterrand nur einen hauchdünnen Vorsprung und 3. waren die Gaullisten innerhalb der ihn unterstützenden parlamentarischen Mehrheit nach wie vor die stärkste politische Kraft. Das bedeutet, daß Giscard d'Estaing auf die Unterstützung der Gaullisten zur Durchführung seiner Politik angewiesen war, die er aber wiederum nur dann erhalten konnte, wenn er die gaullistischen Dogmen, also insbesondere die Unabhängigkeit und Größe der Nation,

nicht in Frage stellte. Für die Außenpolitik mußte diese parlamentarische Einbindung die Berücksichtigung gaullistischer Positionen auch unter der Präsidentschaft Giscard d'Estaings bedeuten.

Hinsichtlich der Besetzung der außenpolitischen Spitzenpositionen zeigte sich, daß auch unter Giscard d'Estaing die von de Gaulle eingeführten „domaines réservés“ in der Außenpolitik ihren Fortbestand haben sollten, wengleich sicherlich der Einfluß seiner Berater und der führenden Spitzenpolitiker nicht

¹⁾ Vgl. Le Monde — Dossiers et Documents: L'élection présidentielle 26 avril — 10 mai 1981, La victoire de M. Mitterrand, Paris 1981, S. 138.

²⁾ Vgl. Le Monde — Dossiers et Documents: Les élections législatives de juin 1981 — la gauche socialiste obtient la majorité absolue, Paris 1981.

³⁾ Vgl. dazu meinen Beitrag in Aus Politik und Zeitgeschichte B 30/31,74. Der Beitrag 1985 versteht sich als eine Fortschreibung dieses Aufsatzes.

zu unterschätzen ist. Erster Außenminister unter Giscard wurde Jean Sauvagnargues, damaliger Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland. Ihm folgte 1976, als der gaullistische Premierminister Chirac durch den parteilosen Raymond Barre abgelöst wurde, mit Louis de Guiringaud ebenfalls ein Karriere-Diplomat auf dem Chefsessel des Außenministeriums. Schließlich übernahm mit Jean François Poncet im November 1978 der dritte Diplomat unter der Präsidentschaft Giscard d'Estaings das Außenministerium.

Hinsichtlich des außenpolitischen Entscheidungsprozesses erfuhr Präsident Giscard d'Estaing durch den Ausgang der Wahlen zur Nationalversammlung 1978 eine Stärkung seiner Position. Wenngleich die Gaullisten stärkste Fraktion innerhalb des bürgerlichen Lagers blieben, so konnten die Giscard unterstützenden Parteien — kurz vor der 1978er Wahl zur Union pour la Democratie Française (UDF) zusammengefaßt — wichtige Positionen gutmachen; zweifellos wurde dadurch der Spielraum des Präsidenten im Bereich der Exekutive vergrößert⁴⁾.

1. Die außenpolitische Konzeption Giscard d'Estaings

Ausgangspunkt für die Außenpolitik Frankreichs unter Giscard d'Estaing war einmal die innenpolitische Konstellation sowie zum anderen die Erkenntnis, daß es 1974 eine Weltkrise gab, die sich insbesondere im Ungleichgewicht der Weltwirtschaft zeigte. Sie war gekennzeichnet durch eine weltweite Inflation, die völlige Desorganisation des internationalen Währungssystems und den starken Preisanstieg wichtiger Rohstoffe. Da eine Interdependenz aller Nationen aufgrund der ökonomischen Gegebenheiten besteht, muß die französische Außenpolitik weltweit (mondialistisch) orientiert sein. „Frankreich hat, anstatt der Versuchung nachzugeben und das Risiko der Frontenbildung einzugehen, den Weg des Gesprächs gewählt... Die Bevorzugung der Verständigung gegenüber der Frontenbildung ergab sich nicht aus den Umständen. Sie war vielmehr Ausdruck unserer stän-

⁴⁾ Vgl. Walter Schütze, Französische Europa- und Sicherheitspolitik nach den Wahlen von 1978, in: Europa-Archiv, (1978) 23, S. 772.

digen Überzeugung, daß die Lösung der großen Probleme, welche die wirtschaftliche Entwicklung oder die Sicherheit der Welt betreffen, nicht mehr in rein nationalen oder regionalen Rahmen gesucht werden kann, sondern daß sie in zunehmendem Maße die ganze Weltgemeinschaft angeht“, schrieb der Staatspräsident 1976⁵⁾.

Als rohstoffabhängiges Land sah sich Frankreich unter Giscard d'Estaing gezwungen, eine Außenpolitik zu betreiben, die die von de Gaulle eingeleitete militärische Unabhängigkeitspolitik auch auf dem ökonomischen Sektor gewährleisten sollte. Zwar akzeptierte das Frankreich Giscard die strategische Bipolarität der Supermächte, jedoch versuchte es innerhalb des internationalen Systems den unter de Gaulle eingenommenen Platz zu verteidigen und als Mittler im internationalen System zu agieren. Die französische Unabhängigkeit unter Giscard sollte sich danach nicht nur auf die Landesverteidigung stützen, sondern auch andere Gebiete umfassen. „Die Ablehnung einer übermäßigen Auslandsverschuldung, die Bemühung um die Sicherheit der Energieversorgung und die Erhaltung eines hohen Niveaus der technologischen Forschungen und Leistungen sind ebenso Elemente der Unabhängigkeit. Das rechtfertigt auf lange Sicht die in diesen Richtungen fortzusetzenden Bemühungen.“⁶⁾ Wesentliche Politikbereiche, in denen die eigene Position Frankreichs zum Ausdruck kommen sollte, waren die Ost-West-Beziehungen, die Europapolitik und die Dritte-Welt-Politik.

2. Frankreich in den Ost-West-Beziehungen unter Giscard d'Estaing

Die Amtszeit Giscard d'Estaings von 1974 bis 1981 wurde durch einen permanenten Zerfall des Entspannungsprozesses zwischen Ost und West gekennzeichnet. Erlebte die Entspannung in der ersten Hälfte der siebziger Jahre sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene ihre Höhepunkte — erwähnt seien nur SALT I, das Berlin-Abkommen von 1971, die deutschen Ostverträge und die Schlußakte von Helsinki — so verlor die

⁵⁾ Valéry Giscard d'Estaing, Französische Demokratie, Frankfurt/M. 1977, S. 188.

⁶⁾ Ebd. S. 184.

Entspannung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre an Unterstützung, besonders in den USA und auch in der UdSSR. Frankreichs Politik der Unabhängigkeit konnte aber nur erfolgreich sein, wenn ein annäherndes militärisches Gleichgewicht zwischen West und Ost aufrechterhalten blieb und die Ost-West-Entspannung fortgesetzt wurde. Gerieten beide Elemente ins Wanken, so verringerte sich auch der Spielraum Frankreichs, und der innenpolitische Konsens drohte sich aufzulösen⁷⁾. Folgerichtig suchte Frankreich unter Giscard die Entspannungspolitik mit allen Mitteln nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch zu fördern. Eine Sonderstellung nahm dabei das französisch-sowjetische Verhältnis ein⁸⁾. Mehrfache Spitzenbegegnungen zwischen Giscard d'Estaing und Breshnew veranschaulichten die Bedeutung der UdSSR in der französischen Ostpolitik. Neben dem Ausbau der ökonomischen Beziehungen war ein Schwerpunkt französischer Ostpolitik auch der Versuch des Abbaus der ideologischen Spannungen.

Analog zu de Gaulle, der schon die Invasion der fünf Warschauer Pakt-Staaten 1968 in der CSSR als einen Betriebsunfall ansah, glaubte auch Giscard, daß die sowjetische Invasion in Afghanistan keinen grundsätzlichen Wechsel der sowjetischen Außenpolitik darstelle, daß die UdSSR jedoch einen schweren Fehler gemacht habe.

Bereits vorher hatte Giscard zu erkennen gegeben, daß er sich hinsichtlich der Einschätzung der UdSSR in einen erheblichen Gegensatz zu den USA gebracht hatte. 1975 teilte Giscard die sowjetische Sorge über die Gründung einer westeuropäischen Verteidigungsunion; 1977 weigerte er sich — im Gegensatz zum US-Präsidenten Carter — sowjetische Dissidenten zu empfangen. Giscard warf Präsident Carter sogar vor, eine ideologische Dimension in die internationale Politik eingebracht zu haben, die den internationalen Entspannungsprozeß erschwert hätte⁹⁾.

⁷⁾ Vgl. Walter Schütze, Neuorientierungen in der Außenpolitik Frankreichs, in: Europa-Archiv, (1980) 23, S. 701.

⁸⁾ Vgl. Paul Marie de la Gorce, Bilan d'un septennat: La politique française, in: Politique Etrangère, (1980) 1, S. 93.

⁹⁾ Vgl. Alfred Grosser, Affaires Extérieures — La Politique de la France 1944—1984, Paris 1984, S. 283.

Auch nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan war Giscard nicht bereit, ein Verhalten gegenüber der UdSSR zu praktizieren, das als Blockverhalten hätte verstanden werden und Frankreichs unabhängige Position hätte beeinträchtigen können. Frankreich unter Giscard versuchte in den Ost-West-Beziehungen als Vermittler zu agieren und seine unabhängige eigenständige Politik fortzuführen; dies geht aus dem Treffen Giscard mit KPdSU-Generalsekretär Breshnew in Warschau im Mai 1980 hervor.

In diesem kurzfristig anberaumten, auf die Initiative des polnischen PVAP-Chefs Gierek zurückgehenden und mit den westlichen Partnern nicht abgestimmten Treffen, versuchte Giscard die Haltung Frankreichs aus der neu entstandenen Lage dem KPdSU-Generalsekretär zu verdeutlichen. Der französische Präsident verlangte von der UdSSR den Rückzug ihrer Truppen aus Afghanistan; er suchte somit den Dialog zwischen Ost und West, der nach dem NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 und der Afghanistan-Invasion abgebrochen war, wieder zu beleben und die besondere französische unabhängige Position zu verdeutlichen.

Auch als in Polen eine Liberalisierungspolitik einsetzte, war die Haltung des französischen Präsidenten in bezug auf mögliche sowjetische Reaktionen so ambivalent, daß der Vorwurf der „Finnlandisierung“ erhoben wurde¹⁰⁾.

Frankreichs Haltung in den Ost-West-Beziehungen unter Giscard führte zu Differenzen mit den USA, insbesondere nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan. Die Ablehnung des von den USA initiierten Boykotts der Olympischen Spiele in Moskau durch Frankreich symbolisierte den amerikanisch-französischen Konflikt. Auch die Begegnung Giscard mit Breshnew in Warschau verhärtete das amerikanisch-französische Verhältnis; darüber hinaus machten sich die amerikanisch-französischen Differenzen in der Beurteilung des Nord-Süd-Konflikts bemerkbar. Nur auf dem Gebiet der Verteidigung in der Atlantischen Allianz war unter Giscard eine Verbesserung des französisch-amerikanischen Verhältnisses festzustellen.

¹⁰⁾ Vgl. ebd. S. 287.

3. Europapolitik — der französische Aktivismus

Auch die Europapolitik sollte als ein Instrument unter der Präsidentschaft Giscard d'Estaings dazu dienen, französische Interessen durchzusetzen. 1976 schrieb der Staatspräsident: „Um uns herum organisiert sich *Europa*. Frankreich leistet einen positiven Beitrag durch seinen Beitritt zu den Römischen Verträgen... Unser Land betrachtet es als eine Notwendigkeit für die Nationen Westeuropas, die einander durch ihre Lebensweise, ihre Zivilisation und ihre politischen Institutionen nahestehen, sich zu vereinen in einer Welt, in der Supermächte auftreten und Staaten sich in verschiedene Formen gruppieren: Erdöl produzierende Länder, blockfreie Staaten, Mitglieder der Organisation für Afrikanische Einheit.“¹¹⁾ Mit dem Willen, den Aufbau Europas fortzuführen, konnte auch die Konstante „Unabhängigkeit“ in der französischen Außenpolitik aufrechterhalten werden, die durch die Einbeziehung der Gaullisten in die Regierung unabdingbar war. Anlässlich der französischen Präsidentschaft in der EG schlug Giscard im Herbst 1974 folgende Maßnahmen vor:

- die Einrichtung eines Europäischen Rats (ein institutionalisiertes periodisches Treffen der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedsländer);
- die Direktwahl des Europäischen Parlaments vor 1980;
- die Wiederaufnahme des Projekts Wirtschafts- und Währungsunion und
- die Ausarbeitung einer gemeinsamen Energiepolitik¹²⁾.

Von herausragender Bedeutung für den französischen Präsidenten war die Einbeziehung der veränderten Position der Bundesrepublik Deutschland in seine Europakonzeption. 1973 hatte die Bundesrepublik ihre erste Phase der Ostpolitik abgeschlossen und dadurch größere außenpolitische Handlungsfreiheit erlangt. So wurde die Bundesrepublik im französischen Konzept sowohl als Partner als auch als Konkurrent gesehen. Giscard's Über-

legungen gingen in die Richtung, daß die Weiterentwicklung der EG nicht nur einen Gleichklang zwischen beiden Staaten, sondern auch eine annähernde Gleichwertigkeit beider voraussetzen würde¹³⁾.

Giscard strebte ein konföderatives Europa an, d. h. „daß es sich um ein Europa handeln wird, in dem niemand einem anderen seinen Willen aufzwingen kann — um eine Organisation, deren Ziel darin besteht, die Politik der einzelnen Länder anzunähern, Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens aufzuzeigen, die jedoch keinerlei Möglichkeit bietet, einen Zwang auf diesen oder jenen Partner, auf diesen oder jenen europäischen Staat auszuüben, der mit dem festgelegten Kurs nicht einverstanden wäre.“¹⁴⁾

Als Methode diente der Intergouvernementalismus, d. h. die Zusammenarbeit auf Regierungsebene. Alle europapolitischen Vorschläge Frankreichs, die Installierung des Europäischen Rats, die Direktwahl des Europäischen Parlaments, die Einrichtung des 1979 in Kraft getretenen Europäischen Währungssystems (EWS) wie auch die Einsetzung eines Gremiums von Drei Weisen zur Begutachtung der institutionellen Probleme der Süderweiterung für die EG wurden durch die intergouvernementale Zusammenarbeit realisiert. Auch die in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) praktizierte gemeinsame Außenpolitik der EG-Länder, die auf einen Vorschlag von Präsident Pompidou im Jahr 1969 zurückging, kam den Vorstellungen Giscard's entgegen. Der Europäische Rat, das eigentliche Entscheidungsorgan der EG, und die EPZ wurden somit Grundelemente in der konföderalen Struktur Westeuropas. Giscard's Europapolitik wäre allerdings ohne die Unterstützung Bundeskanzler Schmidts nicht möglich gewesen. Französische und deutsche Interessen konvergierten in der Regierungszeit dieser Politiker, so daß sich beide in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zum — wenn auch nicht sehr schnell laufenden — Motor des westeuropäischen Integrationsprozesses entwickelten.

Für die EG strebte Giscard eine größere weltpolitische Rolle an, die er allerdings aufgrund

¹¹⁾ Giscard d'Estaing (Anm. 5), S. 185.

¹²⁾ Vgl. Informationsblätter der Französischen Botschaft in Bonn, Nr. 147 v. 8. 11. 1974, S. 8.

¹³⁾ Vgl. Archiv der Gegenwart (AdG) v. 30. 11. 1978, S. 22 222.

¹⁴⁾ Ebd. S. 22 221.

seines Ausscheidens aus dem Präsidentenamt nicht mehr verwirklichen konnte. So wurde Ende 1979 US-Präsident Carter von Giscard und Schmidt aufgefordert, die Ratifizierung des SALT II-Abkommens voranzutreiben. Das deutsch-französische Communiqué von Anfang 1980 stellte die besondere westeuropäische Verantwortung angesichts der neuen Spannungen und Konflikte in der Welt (Iran, Afghanistan) heraus. Schließlich betonte Giscard anlässlich seines Deutschlandbesuches 1980 die Bedeutung eines starken Europas als ausgleichendes Element der Weltpolitik¹⁵). Die besonders enge Verflechtung der deutschen und französischen Volkswirtschaft erforderte die Absprache in der Europapolitik zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. Gleichzeitig ermöglichte die gemeinsame deutsch-französische Europapolitik trotz aller nach wie vor bestehenden unterschiedlichen Interessen eine bessere Verhandlungsposition gegenüber den USA in der Wirtschafts- und Währungspolitik.

4. Frankreich und die Dritte Welt

Seit de Gaulle versuchte Frankreich in der Dritten Welt eine Vorbildrolle auszufüllen. Insbesondere die engen Beziehungen, die aufgrund der Kolonialzeit mit den Staaten Schwarzafrikas bestanden, erfuhren unter Giscard eine Intensivierung. Mit dem Ausbruch des Yom-Kippur-Krieges 1973 zwischen Israel und Ägypten und dem darauf von der OPEC verhängten Teilembargo für Erdöl wurde die Abhängigkeit der Industriestaaten von den Rohstoffländern offenkundig.

Frankreich als extrem rohstoffarmes, jedoch viele Rohstoffe verbrauchendes Land zog unter Präsident Giscard schnell die Konsequenzen und strebte mit seiner „mondialistischen Außenpolitik“ Verhandlungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern an. So setzte sich Frankreich — im Gegensatz zu den USA — für den Nord-Süd-Dialog ein. Obwohl die seit 1975 in Paris tagende Konferenz über Internationale Wirtschaftliche Zusammenarbeit (KIWZ) ohne Ergebnis endete, bestätigte diese Konferenz sowohl die Unabhängigkeitspolitik Frankreichs als auch seine besondere

¹⁵) Vgl. Archiv der Gegenwart v. 11. 7. 1980, S. 23 705.

Rolle gegenüber der Dritten Welt. Auch die französische Weigerung, der 1974 gegründeten Internationalen Energieagentur (IEA) beizutreten — Frankreich sah darin ein von den USA gegen die OPEC gerichtetes Verbraucherkartell — bestätigt diese Unabhängigkeitspolitik.

Schwerpunkt der Dritten-Welt-Politik unter Giscard war der afrikanische Kontinent. Hier fanden auch massive militärische Einsätze, vor allem in den traditionellen französischen Einflußzonen, statt, deren Rechtsgrundlagen die bilateralen Militärhilfeabkommen bildeten¹⁶). Besonders die Befreiungsaktion von 3 000 Europäern aus der Provinz Shaba in der Republik Zaire wie auch die Beteiligung französischer Soldaten am Machtwechsel in der Zentralafrikanischen Republik im Jahre 1979 riefen heftige innenpolitische und internationale Kritik hervor. Mit diesen Aktionen, die u. a. sicherheitspolitisch begründet wurden¹⁷), wollte Frankreich seine Präsenz in Afrika als Großmacht, seine besondere Bedeutung auch gerade innerhalb der EG und gegenüber der Dritten Welt dokumentieren. „Mit seinen militärischen Operationen hat Giscard versucht, traditionelle Einflußgebiete Frankreichs in Afrika zu schützen und zugleich Frankreichs Rolle gegenüber den Weltmächten zu demonstrieren. Angesichts der sowjetischen Expansion in Afrika ergab sich jedoch eine spezielle Koinzidenz zwischen spezifisch französischen und allgemein westlichen Interessen auf dem Kontinent, und das prägte der französischen Afrikapolitik jenes Stigma der Zwielfichtigkeit auf, das sie für Kritik so anfällig machte.“¹⁸)

Die Politik Frankreichs unter Giscard gegenüber dem Nahen Osten war von der Notwendigkeit französischer Energieversorgung, der Darstellung europäischer Stärke und der Stabilisierung der französischen Rüstungsindustrie geleitet. So förderte Frankreich eine positivere Haltung der EG gegenüber den arabischen Staaten, die in der Installierung des euro-arabischen Dialogs und der Erklärung

¹⁶) Vgl. Dominique Moisi/Pierre Lellouche, Frankreichs Afrika-Politik unter Giscard d'Estaing, in: Europa-Archiv, (1979) 2, S. 32.

¹⁷) Vgl. Général Méry, Conférence à l'Institut des Hautes Etudes de Défense Nationale et au Centre des Hautes Etudes de l'Armement am 3. 4. 1978, in: Défense nationale, (Juin 1978), S. 17—42.

¹⁸) Moisi/Lellouche (Anm. 16), S. 41.

von Venedig im Jahr 1980 ihren Niederschlag fand. Bereits 1975 stimmte Frankreich als erstes westliches Land für die Teilnahme einer PLO-Delegation in den Vereinten Nationen, und 1980 setzte sich Giscard für die Anerkennung der PLO als Verhandlungspartner im Nahostkonflikt ein. Frankreich wurde in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre von den arabischen Staaten als der westliche Staat angesehen, „der am ehesten imstande ist, der amerikanischen Politik zu widersprechen“¹⁹⁾.

Die Verbindung nationaler und europäischer Interessen in der französischen Nahostpolitik kommt in der Rüstungsexportpolitik zum Ausdruck. Unter Präsident Giscard wurde der Nahe und Mittlere Osten bevorzugter Markt der französischen Rüstungsindustrie. So wurden allein 1980 zwischen dem Irak und Frankreich eine nukleare Zusammenarbeit²⁰⁾ und zwischen Frankreich und Saudi-Arabien ein Rüstungsabkommen im Wert von 14 Mrd. Francs abgeschlossen²¹⁾.

5. Verteidigungspolitik — Wandel und Abkehr von de Gaulle

Galt unter de Gaulle und Pompidou die — allerdings niemals offiziell gebilligte — Strategie der Verteidigung in allen Himmelsrichtungen, so erfolgte unter Giscard eine vorsichtige Abkehr von der gaullistischen Verteidigungsdoktrin²²⁾. Frankreichs Verteidigungspolitik bezog sich nun nicht länger al-

lein auf die Verteidigung des Hexagons. Es erfolgte die Ausdehnung des nationalen Sicherheitsbereiches auf das europäische Vorfeld, einschließlich des Mittelmeerbeckens. Das „erweiterte Sanktuarium“²³⁾ bedeutete eine Ausdehnung der französischen Sicherheitszone bis an die deutsch-deutsche Grenze, wenngleich dies niemals so offen ausgesprochen wurde. Die veränderte Doktrin erforderte auch einen veränderten Auftrag für die französischen Streitkräfte und hatte nachhaltige Auswirkungen auf ihre Organisationsstruktur. So legte das Militärprogramm für die Jahre von 1977 bis 1982 einen Schwerpunkt auf eine verstärkte Ausrüstung der konventionellen Streitkräfte und machte hinsichtlich der taktischen Nuklearwaffen den Strategiewandel deutlich. Es zeigte, daß nun für Frankreich auch die Anwendung taktischer Nuklearwaffen möglich war. Der Strategiewandel offenbarte sich vor allem in der Relativierung der Bedeutung der strategischen Kernwaffen, in der Zusammenarbeit mit den Verbündeten, im erweiterten Schutzbereich und in den Möglichkeiten einer europäischen Verteidigung²⁴⁾.

Frankreich unter Giscard betrieb somit eine modifizierte gaullistische Verteidigungspolitik. Es beharrte auch unter Giscard nach wie vor auf der Ermessensfreiheit des Entscheidungseinsatzes, entfernte sich aber von der Strategie des „Alles oder Nichts“ und näherte sich immer stärker der NATO-Strategie der „Flexiblen Reaktion“ an²⁵⁾.

III. Ausgangsposition und außenpolitischer Entscheidungsprozeß unter Mitterrand

Aufgrund der gewonnenen Doppelwahlen — bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1981 erhielt die Sozialistische Partei Frankreichs die absolute Mehrheit — besaß der neue Staatspräsident einen wesentlich größeren Handlungsspielraum als seine Vor-

gänger. Der Sozialist Mitterrand setzte die Tradition der „domaines réservés“ fort und brach mit seiner früher an den bürgerlichen Präsidenten geäußerten Kritik. Auch Mitterrand verlagerte die wichtigsten außenpolitischen Entscheidungen in das Präsidentsamt, so

¹⁹⁾ Arab Times, zit. nach Die Zeit v. 7. 3. 1980.

²⁰⁾ Vgl. Archiv der Gegenwart v. 29. 7. 1980, S. 23 730.

²¹⁾ Vgl. Archiv der Gegenwart v. 15. 10. 1980, S. 23 974.

²²⁾ Vgl. Wichard Woyke, Frankreichs Verteidigungspolitik im Wandel, in: Außenpolitik, (1977) 1, S. 3—14.

²³⁾ Vgl. die Rede von Generalstabschef Méry vor dem Institut de Hautes Etudes de Défense Nationale, in: Défense Nationale, (Juin 1976), S. 11—34.

²⁴⁾ Vgl. Woyke (Anm. 22), S. 10.

²⁵⁾ Vgl. Peter Berger, Eigenständigkeit und Gemeinsamkeit — Frankreichs Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in: Eberwein/Kelleher (Hrsg.), Sicherheit — zu welchem Preis?, München-Wien 1983, S. 127—154.

daß das Ministerium für Auswärtige Beziehungen im wesentlichen zum Zuarbeiter für die Außenpolitik des Präsidenten wurde. Erster Außenminister Mitterrands wurde Claude Cheysson, ein Berufsdiplomat, der bereits als EG-Kommissar besonders mit den Nord-Süd-Beziehungen befaßt war. Nachdem Cheysson zum 1. Januar 1985 erneut in die EG-Kommission berufen wurde, übernahm der bisherige Europaminister Roland Dumas das Außenministerium. Da allerdings die Konzeption der Außenpolitik weitgehend im Elysée-Palast erfolgt, muß darauf verwiesen werden, daß Mitterrand einen außenpolitischen Beraterstab im Elysée-Palast versammelt hat, der im wesentlichen vom Generaldirektor des Elysée, Jacques Attali, dem Berater für Lateinamerika, Régis Debray, einem ehemaligen Mitstreiter des legendären Guerillaführers Ché Guevarra und dem Berater für Afrikafragen, Guy Penne, als wichtigste Berater gebildet wird. Somit gibt es zwischen präsidentiell konzipierter und ministeriell durchgeführter Außenpolitik Reibungsverluste, die immer wieder zu Konflikten führen. Sie fanden mit dem Rücktritt des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Cot, Ende 1981 einen Höhepunkt²⁶⁾. Eine wesentliche Neuerung im außenpolitischen Entscheidungsprozeß war die Einbeziehung vier kommunistischer Minister in die Regierung, die aber vor allem aus innenpolitischen Gründen erfolgte²⁷⁾ und zur Unterstützung innen- und gesellschaftspolitischer Reformen durch die PCF führen sollte. Die Regierungsbeteiligung der PCF bis zum Sommer 1984 mußte zu erheblichen Belastungen in der Führung der Außenpolitik beitragen, denn in fast allen wichtigen außenpolitischen Problembereichen lagen die Positionen von PS und PCF weit auseinander: in der Einschätzung der Sowjetunion, im Verhältnis zu den USA und der NATO, in der Europapolitik, in der Haltung gegenüber Polen und vor allem hinsichtlich des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan und in der Frage der Nachrüstung²⁸⁾.

²⁶⁾ Vgl. *Le Monde* v. 10. 12. 1981.

²⁷⁾ Vgl. Walter Schütze, *Kontinuität und Wandel unter Präsident Mitterrand*, in: *Europa-Archiv*, (1982) 3, S. 69.

²⁸⁾ Vgl. Gerhard Kiersch, *Rosa Gaullismus: Wandlungen in der Kontinuität französischer Außenpolitik unter Mitterrand*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, (1983) 2, S. 275.

1. Zur außenpolitischen Konzeption Mitterrands

Präsident Mitterrand, der bereits in der IV. Republik zahlreiche Ministerämter bekleidete und in der V. Republik in Opposition zur Außen- und Verteidigungspolitik de Gaulles stand, übernahm wesentliche, von de Gaulle eingeschlagene außenpolitische Richtungsentscheidungen. Zunächst einmal setzte Mitterrand die Kontinuität der Entscheidungsstrukturen fort, d. h., daß die von de Gaulle eingeführten „domaines réservés“ auch unter Mitterrand fortgelten. Die außenpolitische Richtungskompetenz liegt also nach wie vor beim Staatspräsidenten²⁹⁾. Damit besteht auch die präsidentielle Kompetenz über die von de Gaulle — als Ausdruck der nationalen Unabhängigkeit — konzipierte „force de frappe“ fort, die nicht nur in ihrer bisherigen Stärke aufrechterhalten, sondern ausgebaut wurde. Dritter Kontinuitätsbereich sind die engen französisch-deutschen Beziehungen, die nach wie vor als Voraussetzung erfolgreicher Europapolitik verstanden werden. Und schließlich wurde auch in der Nahostpolitik keine grundsätzliche Wende vollzogen, sondern die unter den bürgerlichen Präsidenten eingeleitete Politik im wesentlichen fortgesetzt.

Deutlich neue Akzente setzte Mitterrand jedoch in der Dritte-Welt-Politik und in seiner Ost-West-Politik. In der Dritte-Welt-Politik wird besonders für eine gerechtere Weltordnung plädiert, die den unterdrückten Völkern zugute kommen soll. In einer seiner ersten Ansprachen als Präsident erklärte Mitterrand, daß Frankreich eine „Allianz von Sozialismus und Freiheit“ fördern wolle und „daß es keine wirkliche internationale Gemeinschaft geben kann, solange auf zwei Dritteln unseres Planeten weiterhin Menschen und Güter gegen Hunger und Verachtung aufgerechnet werden. Ein gerechtes und solidarisches Frankreich, das mit allen in Frieden leben will, kann der Menschheit den Weg weisen.“³⁰⁾

²⁹⁾ Vgl. Walter Schütze, *Außen- und Sicherheitspolitik unter Mitterrand*, in: *Europa-Archiv*, (1982) 20, S. 592.

³⁰⁾ Zit. nach Henri Menudier, *Die Außenpolitik von Präsident Mitterrand*, in: *Integration*, (1981) 4, S. 154.

In der Ost-West-Politik unterscheidet sich Mitterrand von seinen Vorgängern durch ein außergewöhnlich starkes Engagement für ein funktionierendes westliches Sicherheitssystem. Dieses Engagement erklärt sich einmal aus der veränderten Haltung — auch gerade der französischen Linken — gegenüber der UdSSR in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre und zum anderen aus der Befürchtung, daß die Bundesrepublik aus den westlichen Gemeinschaften abdriften könnte.

2. Ost-West-Beziehungen — Französisch-amerikanische Übereinstimmung

Die Beziehungen Frankreichs zu den osteuropäischen Staaten sind unter der Präsidentschaft Mitterrands eng mit sicherheitspolitischen Überlegungen verknüpft. Ausgangspunkt französischer Überlegungen ist eine nach wie vor expansionistische Sowjetunion, die das militärische Gleichgewicht einseitig zu ihren Gunsten verändert hat. Deshalb begrüßte Mitterrand — im Gegensatz zu seinem Vorgänger — den NATO-Doppelbeschluß von 1979 nachdrücklich, da er Verhandlungen mit der Sowjetunion erst als erfolgreich ansah, wenn wieder annähernd ein Gleichgewicht hergestellt wäre. Dazu erklärte er 1981 im deutschen Magazin Stern: „Wenn ich den Neutralismus verurteile, dann deshalb, weil ich glaube, daß der Frieden vom Gleichgewicht der Kräfte abhängt. Die Stationierung der sowjetischen SS 20 und des Backfire stört dieses Gleichgewicht in der Welt. Das kann ich nicht akzeptieren, und ich muß zugeben, daß gerüstet werden muß, um das Gleichgewicht wieder herzustellen. Von da ab muß verhandelt werden.“³¹⁾

Anders als seine Vorgänger mied Mitterrand lange den persönlichen Kontakt mit der politischen Führung der UdSSR, ehe er im Sommer 1984 der Sowjetunion einen Besuch abstattete³²⁾, allerdings nur, um den Sowjets seine Vorstellungen zur internationalen Lage und zur Abrüstung zu erläutern³³⁾ sowie Kritik an der sowjetischen Menschenrechtspolitik zu üben. Handel, Wissenschaft und kultu-

relle Beziehungen wurden aufrechterhalten bzw. ausgebaut, so daß 1984 ein französisch-sowjetisches Wirtschaftsabkommen in Höhe von 10 Mrd. FF abgeschlossen werden konnte³⁴⁾.

Im Gegensatz zu seinen Vorgängern verzichtete Mitterrand lange Zeit auf eine eigenständige französische Rolle im Entspannungsprozeß. Zwar ist es auch das Ziel Mitterrands, die Rolle der Supermächte in Europa zu reduzieren und die Autonomie Europas zu erhöhen, jedoch unterscheidet sich Mitterrand in seinen Methoden zur Erreichung dieses Ziels erheblich von de Gaulle. Seine Ansicht, daß alles, was Jalta überwinden kann, gut sei, daß aber eine realistische Sicht der Politik vorgenommen werden müsse, zeigt dies deutlich.

Gerade in den Ost-West-Beziehungen stimmt Mitterrand mit der Analyse Präsident Reagans prinzipiell überein, so daß seine Erklärungen über die sowjetischen SS 20-Raketen und seine Unterstützung für den NATO-Doppelbeschluß — die vor allem auch vor dem Hintergrund einer französischen Furcht vor dem Abdriften der Bundesrepublik zu verstehen ist — zu einer Verbesserung der amerikanisch-französischen Beziehungen beigetragen haben. Symbolisch kommt die Annäherung Frankreichs an die USA und die NATO in der erstmals seit 1966 abgehaltenen NATO-Ratstagung in Paris 1983 zum Ausdruck³⁵⁾.

3. Amerikanisch-französische Beziehungen — mehr Differenzen als Übereinstimmungen

Zwar haben die harte Haltung Mitterrands gegenüber der UdSSR und seine wiederholten Bekenntnisse zum Atlantischen Bündnis zu einer Verbesserung des französisch-amerikanischen Verhältnisses beigetragen, jedoch überwiegen die Problembereiche. Frankreich bleibt ökonomisch — zusammen mit den anderen EG-Staaten — ein Rivale der USA und in der Entwicklungspolitik ein absoluter Gegner der US-Politik. Eine diametral entgegengesetzte Position bezog Mitterrand gegenüber den USA in der Lateinamerikapolitik, als

³¹⁾ Stern v. 8. Juli 1981.

³²⁾ Vgl. Archiv der Gegenwart v. 23.6. 1984, S. 27 808 ff.

³³⁾ Vgl. A. W. de Porte, France's New Realism, in: Foreign Affairs, (Fall 1984), S. 149.

³⁴⁾ Vgl. Archiv der Gegenwart v. 23.6. 1984, S. 27 810.

³⁵⁾ Vgl. Robert Rudney, Mitterrands New Atlanticism — Evolving French Attitudes toward NATO, in: Orbis, (Spring 1984), S. 83—101.

er 1981 erklärte: „Ich möchte z. B. stärkste Bedenken — um nicht noch schärfer zu sein — gegen die Politik der Vereinigten Staaten in Mittelamerika äußern. Die Völker in dieser Region möchten endlich der Oligarchie ein Ende setzen, die sie, gestützt auf blutige Diktaturen, ausbeuten und unter wahnsinnigen Bedingungen erdrücken. Ein unendlich kleiner Teil der Bevölkerung besitzt praktisch die Gesamtheit der Güter. Wie kann man für den Volksaufstand kein Verständnis haben! Es handelt sich nicht um eine kommunistische Subversion, sondern um den Protest gegen Elend und Erniedrigung. Der Westen wäre besser beraten, wenn er diesen Völkern helfen würde, anstatt sie zu zwingen, sich den Stiefeln zu beugen. Wenn sie um Hilfe schreien, dann möchte ich, daß diese Schreie nicht nur von Castro gehört werden. Ich glaube aber, daß auch die amerikanischen Führungsspitzen denkfähig sind.“³⁶⁾ Mitterrand wie auch andere westeuropäische Politiker befürchten, daß die US-Mittelamerikapolitik kontraproduktive Ergebnisse hervorruft und damit westlichen Interessen auf Dauer mehr schadet als nützt.

Neben den Nord-Süd-Beziehungen bildet die Hochzinspolitik und die starke Dollaraufwertung einen weiteren wichtigen Konfliktbereich zwischen den USA und Frankreich. Befolgte Mitterrand mit seiner „Strategie der asymmetrischen Gegenleistungen“ — Unterstützung der US-Position in den Ost-West-Beziehungen bei erhofftem Entgegenkommen der USA in der Wirtschafts- und Währungspolitik —³⁷⁾ das Ziel der Absicherung seines sozialistischen ökonomischen Modells und die Zurückweisung innenpolitischer Kritik als zu treuer US-Verbündeter, so scheiterte dieser Ansatz spätestens auf der Versailler Gipfelkonferenz 1982. Auch wenn mit dem Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierung im Sommer 1984 ein — aus amerikanischer Sicht — wichtiger Streitpunkt entfiel, bestehen heute Konflikte zwischen den USA und Frankreich in der Ökonomie und in den Nord-Süd-Beziehungen fort, wie auch anläßlich des Staatsbesuchs Mitterrands in den USA 1984 sichtbar wurde³⁸⁾.

4. Europapolitik — französisch-deutsche Schrittmacherrolle

Gute Beziehungen zur Bundesrepublik, gerade auch mit der christlich-liberalen Regierung Kohl/Genscher, bilden auch den Eckstein französischer Europapolitik in den achtziger Jahren. Mitterrand unterstützt die feste Einbindung der Bundesrepublik in die NATO und die EG, die er mit einer aktiven Europapolitik fördert und damit der Bundesrepublik eine wichtige Rolle in Westeuropa zuweist. Frankreich fürchtet einen deutschen Pazifismus und Neutralismus, vor dem Mitterrand im Januar 1983 im Deutschen Bundestag eindringlich warnte³⁹⁾. Eine neutrale und keinem Block zugehörige Bundesrepublik Deutschland an der französischen Ostgrenze, die außerhalb des Einflusses atlantischer und europäischer Organisationen ihre Wiedervereinigung anstrebt, müßte französische Sicherheitsinteressen auf das Schwerste berühren.

Besonders die Bestimmungen der militärischen Kooperation des deutsch-französischen Vertrags von 1963 erfuhren eine Revitalisierung. Mitterrand strebte eine bessere Rüstungskooperation ebenso an wie eine Intensivierung des Dialogs über die Strategien. Auch die Wiederbelebung der Westeuropäischen Union wurde 1984 intensiv in Frankreich diskutiert. Damit deutet sich die Möglichkeit an, daß in Westeuropa ein Reservesicherheitsystem geschaffen werden kann, das für den Fall des Versagens der US-Sicherheitsgarantie — aus welchen Gründen auch immer — wirksam werden könnte. Mitterrand befürwortet den Ausbau Westeuropas zu einer handlungsfähigeren Einheit, wengleich ein geschlossenes Europakzept zur Zeit nicht zu erkennen ist. So setzte er sich mehrfach für den Ausbau der EG zu einer Sozialunion ein, schlug die allgemeine Anwendung des Mehrheitsentscheids im Rat der EG vor und regte eine gemeinsame Welt-raumpolitik an⁴⁰⁾.

Französische Europapolitik dient darüber hinaus als Instrument zur Modernisierung und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der

³⁶⁾ Le Monde v. 2. Juli 1981.

³⁷⁾ Vgl. Walter Schütze (Anm. 29) S. 595.

³⁸⁾ Vgl. Archiv der Gegenwart v. 28.3. 1984, S. 27 551f.

³⁹⁾ Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: 1963—1983. Zwanzig Jahre Deutsch-Französische Zusammenarbeit, Bonn 1983.

⁴⁰⁾ Europa-Archiv, (1984) 7, D. 198.

Wirtschaft. Die mehrfachen Abwertungen des Francs sowie die Zustimmung zur EG-Stahlpolitik der Kürzung bzw. Aufhebung von Subventionen sowie zur EG-Agrarpolitik trugen zu dieser angestrebten Modernisierung — auch unter Inkaufnahme innenpolitischer Opfer — bei. Mit seiner Europapolitik konnte Mitterrand gleichzeitig in der innenpolitischen Diskussion die Forderungen nach einer alternativen Wirtschaftspolitik, die insbesondere vom linken Flügel der Sozialistischen Partei gestellt wurden, wie auch der Kommunisten, zurückweisen.

Die Unterstützung des vom Europäischen Parlament 1984 verabschiedeten Entwurfs über die zukünftige Verfassung Europas durch den französischen Präsidenten läßt erkennen, daß er die zukünftige Rolle Frankreichs nur noch in einem starken Westeuropa sieht. Nationalstaaten allein können den Herausforderungen, insbesondere in der Technologie, nicht mehr allein erfolgreich begegnen.

Den besonderen Stellenwert der EG symbolisiert Mitterrands Personalpolitik. Mit Jacques Delors und Claude Cheysson wurden zwei wichtige Regierungsmitglieder in die seit dem 1. Januar 1985 amtierende EG-Kommission entsandt.

5. Die neue Dimension — Frankreichs Beziehungen zur Dritten Welt

Aufgrund des sozialistischen Internationalismus haben die Nord-Süd-Beziehungen für sozialistische Regierungen einen besonderen Stellenwert. Mit großem moralischen Impetus wird immer wieder das Thema der Ungleichheit zwischen den Völkern und der Unterdrückung der Dritten Welt angesprochen. Auch Mitterrand will zu einer Neuordnung der Nord-Süd-Beziehungen beitragen, will gegen Hunger, Unterdrückung und Ungleichheit vorgehen. In diesem Konzept nehmen Algerien, Mexiko und Indien Schlüsselpositionen ein⁴¹⁾. Frankreich will zunächst eine „autozentrierte Entwicklung“ der Entwick-

lungsländer fördern. Es soll also eine stärkere Eigenverantwortlichkeit der Dritten Welt erreicht werden, ohne daß eine Abkoppelung vom Weltmarkt erfolgt. Eigene Kräfte sollen freigesetzt werden, damit das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe greifen kann. Die entwicklungspolitischen Prioritäten sind einmal die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln in den Ländern der jeweiligen Region, „zweitens die Befriedigung vitaler Grundbedürfnisse wie Gesundheit und minimaler Lebensstandard, drittens Entwicklung autonomer dezentraler Energieversorgungsstrukturen und viertens eine dem jeweiligen Entwicklungsstand angepaßte Industrialisierung.“⁴²⁾ Die Umbenennung des „Ministeriums für Zusammenarbeit“ in „Ministerium für Zusammenarbeit und Entwicklung“, die Ankündigung, bis 1988 den Anteil der Entwicklungshilfe auf den von den UN vorgesehenen Betrag von 0,7% des Brutto sozialprodukts zu erhöhen, und die anfängliche Unterstützung des Revolutionsregimes in Nicaragua zeigen, daß die Bemühungen Frankreichs, zu einem verbesserten Nord-Süd-Verhältnis zu gelangen, nicht nur symbolischer Natur sind.

Doch mußte auch Mitterrand zwischen dem theoretisch Wünschbaren und dem politisch Machbaren wählen. Auch in Afrika wurden massive französische Interessen vertreten, indem nach wie vor ein starker ökonomischer, kultureller und politischer Einfluß auf die Staaten des francophonen Afrikas ausgeübt wird. So wurde im Tschad interveniert, um den lybischen Einfluß zu stoppen. Mit Algerien und Marokko wurden die Beziehungen verbessert, um u. a. amerikanischem Einfluß zu begegnen. Mitterrand versucht durch seine Afrikapolitik, den Ost-West-Konflikt und die Supermächte von diesem Kontinent fernzuhalten.

„Das Streben nach Unabhängigkeit von amerikanischem Einfluß wie von afrikanischem Druck kann in der gegenwärtigen französischen Afrikapolitik nicht übersehen werden. Frankreich hat einen entschlossenen Bilateralismus verfolgt und war nicht bereit, mit anderen westlichen Mächten in Afrika (mili-

⁴¹⁾ Vgl. Paul Marie de la Gorce, *La politique étrangère de la France entre l'atlantisme et le tiers-mondisme*, in: *Politique Etrangère*, (1983) 4, S. 889.

⁴²⁾ Kiersch (Anm. 28), S. 272.

tärisch) zusammenzuarbeiten. Während es in Europa unangenehm war, eine Politik der Dritten Kraft zu verfolgen, hat Mitterrand dieses Konzept in Afrika voll ausgespielt und versucht, die jeweilige lokale Ideologie der Unabhängigkeit voll anzusprechen.⁴³⁾ Auch hinsichtlich der Politik gegenüber Nahost hat die grundsätzliche Wende, wie sie von arabischer Seite vielfach befürchtet worden war, nicht stattgefunden.

6. Sicherheitspolitik — die sozialistische nukleare Verteidigung

Hatten in der gaullistischen Phase der V. Republik Sozialisten und Kommunisten die „force de frappe“ strikt abgelehnt,⁴⁴⁾ so korrigierten beide Parteien in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ihre Haltung zur nuklearen Abschreckung. Nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten betonte Mitterrand die Kontinuität der französischen Sicherheitspolitik⁴⁵⁾. Frankreich erhöhte seine Verteidigungsausgaben beträchtlich, ordnete auch die Fortsetzung der Forschung über die Neutronenwaffe an und entschied, seine Raketen mit Mehrfachsprengköpfen auszustatten⁴⁶⁾.

Auch unter Mitterrand wird eine Politik der Unabhängigkeit betrieben und die Handlungsfreiheit Frankreichs in der Sicherheitspolitik hervorgehoben, jedoch wird eine enge Anlehnung an die NATO und die europäischen Partner betont. Zwar gibt Frankreich keine Garantie für die Verteidigung Europas, doch weisen sowohl die Äußerungen seiner führenden Politiker als auch die Strukturierung und Ausrüstung seiner Streitkräfte darauf hin, daß Frankreich sich im Konfliktfall an einer gemeinsamen europäisch-atlantischen Verteidigungspolitik beteiligen wird. Die so-

zialistische Regierung hat erkannt, daß die Unabhängigkeit ihrer Verteidigungspolitik nur innerhalb des Bündnisses gewährleistet werden kann und daß Frankreich dazu einen entscheidenden Beitrag einbringt. Frankreichs Generalstabschef General Lacaze erklärte am 19. Mai 1984 vor dem Institut des Hautes Etudes de Defense Nationale: „... Der dritte Faktor betrifft das politische und geostrategische weltweite Umfeld, das unser Konzept direkt beeinflußt und die wesentlichen Optionen unserer Verteidigungspolitik rechtfertigt: die Unabhängigkeit unserer Mittel und die Autonomie unserer Entscheidung, aber auch die Solidarität mit unseren Verbündeten ... Frankreich hat eine unabhängige Politik. Es behält sich das Recht vor, selber zu entscheiden über das Ausmaß, den Ort und den Zeitpunkt des Einsatzes seiner Mittel, der nuklearen wie der konventionellen. Ein potentieller Gegner sieht sich so in seiner strategischen Überlegung zwei Ungewißheiten hinsichtlich des Zeitpunkts des Nukleareinsatzes sowohl durch Frankreich wie durch das Bündnis gegenüber.“⁴⁷⁾

Frankreich unter Mitterrand vertritt damit zwar das Konzept von den „vitalen Interessen“ Frankreichs, die berührt sein müssen, sagt jedoch nicht deutlich, ob diese Interessen z. B. an der deutsch-deutschen Grenze berührt werden, d. h. es gibt der Bundesrepublik keine automatische Nukleargarantie. Allerdings hat Verteidigungsminister Hernu geäußert, daß es Aufgabe der neu aufgestellten schnellen Eingreiftruppe (FAR) auch sein könnte, in Deutschland im Falle eines Konflikts zu kämpfen⁴⁸⁾. Somit behält zwar auch das Frankreich Mitterrands seine sicherheitspolitische Entscheidungsfreiheit, deren Unabhängigkeit durch geostrategische, waffentechnologische und bündnispolitische Faktoren jedoch erheblich eingeschränkt ist.

7. Fazit

Auch Mitte der achtziger Jahre wird die französische Außenpolitik weitgehend von den Strukturprinzipien geprägt, die de Gaulle in

⁴³⁾ Vgl. John Chipman, Mitterrands Afrika-Politik — Wiederbelebung der Dritten Kraft, in: Europa-Archiv, (1984) 11, S. 342 f.

⁴⁴⁾ Vgl. Wichard Woyke, Oppositionsparteien und Verteidigungspolitik im gaullistischen Frankreich 1958—1973, Opladen 1975.

⁴⁵⁾ Vgl. Michael Kreile, Frankreichs Sicherheitspolitik unter Mitterrand, in: Außenpolitik, (1984) 1, S. 61.

⁴⁶⁾ Vgl. Michael M. Harrison, Mitterrand's France in the Atlantic System, in: Political Science Quarterly, (Summer 1984), S. 233.

⁴⁷⁾ Europa-Archiv, (1984) 22, D. 644 f.

⁴⁸⁾ Vgl. Robin F. Laird, The French Strategic Dilemma, in: Orbis, (Summer 1984), S. 307—328.

seiner Amtszeit eingeführt hat. Frankreich vertritt auch unter einer sozialistischen Regierung im wesentlichen nationale Interessen. Die sozialistische Regierung mußte erkennen, daß es ihr nicht möglich ist, einseitig Strukturveränderungen in der internationalen Politik vorzunehmen. Die oftmals theatralisch formulierte, an hohen Ansprüchen

orientierte, sozialistische Rhetorik kontrastiert auf eine bemerkenswerte Weise mit pragmatisch machtpolitischen Maßnahmen, die Frankreich unter Mitterrand nicht selten das Etikett eines „rosa Gaullismus“ zuweisen⁴⁹⁾.

⁴⁹⁾ Vgl. Kiersch (Anm. 28), S. 276.

Frankreichs Bindungen zur Dritten Welt

Tradition, Wirtschaftsinteresse, Prestige*)

I. Die koloniale Vergangenheit

Frankreichs geographische Lage an drei Meeren (Ärmelkanal/Nordsee, Atlantik, Mittelmeer) hat dieses Land stets als Seemacht prädestiniert. Bereits im Mittelalter besaß Frankreich bedeutende Handelsinteressen im Orient. Es war aber nie ausschließlich See-, sondern stets auch Kontinentalmacht, und häufig überwog dieser politische Grundzug. Das französische Königtum der vorrevolutionären Zeit war agrarfeudalistisch-kontinental ausgerichtet. Paris liegt im Binnenland und konnte daher nicht, wie London, Amsterdam oder Lissabon, eine Seestadt sein. Frankreichs Ausgreifen nach Übersee wirkte stets etwas halbherzig; dahinter stand selten die geballte Kraft des gesamten Staates. Hier liegen die Gründe für das Scheitern der französischen Überseepolitik im Ancien Régime, namentlich in Nordamerika und Indien. Voltaire sprach verächtlich von „ces quelques icebergs“ und meinte damit Kanada.

Frankreichs Überseepolitik wurde im wesentlichen von Partikularinteressen getragen, wobei die Hafenstädte, in denen zeitweilig der Protestantismus Oberhand gewann, dominierten. Den Anfang machten die Kanalstädte Dieppe und St. Malo, die Fischerei- und Handelsstützpunkte an der nordamerikanischen Gegenküste gründeten. Die beiden kleinen Fischereiinseln St. Pierre und Miquelon, die vor der Küste Neufundlands liegen und 1976 den Rechtsstatus eines französischen Überseedépartements erhielten, sind die letzten Zeugen dieser frühen französischen Expansion in Nordamerika.

Bordeaux und Marseille, die im Ancien Régime große Wirtschaftsbedeutung erlangt hatten, wurden im 19. Jahrhundert, gemein-

sam mit der Seidenstadt Lyon, zu wichtigen Trägern einer neuen, imperialistischen Expansionspolitik, nachdem Frankreich sein altes Kolonialreich in den napoleonischen Kriegen verspielt hatte. Die „neue“ französische Expansion erfolgte in drei Etappen, und zwar mit den Schwerpunkten Afrika und Indochina. 1830 begann Frankreich mit der Eroberung Algeriens, nachdem der Bey von Algier einen willkommenen Anlaß geliefert hatte, als er den französischen Gesandten mit einer Fliegenklatsche ohrfeigte. Ab 1854 stieß General Léon Faidherbe von Dakar, das Frankreich aus alten Tagen verblieben war, ins Landesinnere vor; er schuf die Kolonie Senegal¹⁾. Zur Expansion großen Stils setzte Frankreich ab 1880 an, und zwar in rascher Folge in Tunesien, Indochina, Westafrika, Äquatorialafrika und Madagaskar²⁾. Anfang dieses Jahrhunderts kam Marokko hinzu, und am Ende des Ersten Weltkriegs folgten Togo, Kamerun, Syrien und der Libanon als Mandatsgebiete des Völkerbundes.

Ende des 19. Jahrhunderts war der Algerienfranzose Etienne einige Jahre lang als Kolonialstaatssekretär die treibende Kraft der französischen Expansion in Übersee³⁾. Er kann als eigentlicher Schöpfer von Französisch-Westafrika und namentlich der Elfenbeinküste und von Dahomey, dem heutigen Benin, gelten. Wie viele andere Imperialisten seiner Zeit, verfocht Etienne einen rigorosen Wirtschaftsnationalismus. Er und seine Kontrahenten in Großbritannien, Deutschland, Belgien oder Italien standen ganz unter dem Eindruck des industriellen Zeitalters. Nach-

1) R. von Albertini, Europäische Kolonialherrschaft 1880—1940, Zürich 1976, S. 270 ff.

2) J. Ganiage, L'Expansion coloniale de la France sous la Troisième République (1871—1914), Paris 1968.

3) H. Sieberg, Eugène Etienne und die französische Kolonialpolitik (1887—1904), Köln und Opladen 1968.

*) Dieser Beitrag ist die überarbeitete Fassung der Antrittsvorlesung, die der Verfasser am 21. November 1983 als Privatdozent für das Fachgebiet Politische Wissenschaft und ihre Didaktik an der Hochschule Hildesheim gehalten hat.

dem Großbritannien bereits industrialisiert war, erfolgte die Industrialisierung der anderen ausschlaggebenden Länder hinter hohen Zollmauern, um unliebsame Konkurrenz abzuwehren. Die Industrialisierung der USA, Frankreichs, Deutschlands und anderer Staaten schien den weltwirtschaftlichen Zusammenhang aufzulösen. Der Warenexport schrumpfte bedenklich. Imperialisten hegten eine fast panische Angst, der Außenhandel ihrer Länder werde eines Tages ganz zum Erliegen kommen. Die Zukunft schien autarken Großräumen zu gehören: den USA, Rußland, dem britischen Weltreich, einem durch Kolonialbesitz vergrößerten Frankreich oder Deutschland. Wer für überseeische Expansion eintrat, behauptete, eine Zukunftssicherungspolitik für kommende Generationen zu betreiben. Man wollte Auswanderungsgebiete für den heimischen Bevölkerungsüberschuß gewinnen, Absatzmärkte für Industrieerzeugnisse schaffen und Rohstoffquellen erschließen. Alles zusammen wirkte als mächtiger Antrieb für den Kolonialimperialismus, der sich selbst beschleunigte, weil jeder dem anderen zuvorkommen wollte. So wurde in wenigen Jahren ganz Afrika von europäischen Mächten besetzt, und dem „scramble for Africa“ drohte bald ein „scramble for China“ zu folgen, d. h. eine Zerlegung Chinas in fremde Einflußsphären.

Die wirtschaftlichen Gegebenheiten in den Kolonialgebieten entsprachen aber kaum den Erwartungen, und dies galt besonders für den französischen Kolonialbesitz in Afrika. Auf buntbemalten Weltkarten nahm sich das französische Kolonialreich imposant aus. Nord-, West- und Zentralafrika bildeten einen gewaltigen, zusammenhängenden, geopolitischen Block. Störend wirkten einige Einsprengsel fremder Mächte an den Küsten, doch gerade sie waren von wirtschaftlicher Bedeutung, vor allem die britischen Kolonien Goldküste und Nigerien. Das französische Hinterland war meist arm und dünn besiedelt. Kritiker sprachen von einer riesigen „Streusandbüchse“ und meinten damit die Sahara und die angrenzende Sahelzone. Eine gewisse Bedeutung hatte natürlich die Siedlungskolonie Algerien; gleiches galt für die Protektorate Tunesien und Marokko. Doch verlegten sich diese Gebiete ausgerechnet auf Erzeug-

nisse, die Frankreich selbst im Überfluß besaß: Getreide und Wein. Senegal erzeugte fast ausschließlich Erdnüsse, Guinea besaß wichtige Bodenschätze, die Elfenbeinküste erzeugte Kakao, Gabun lieferte vor allem Edelhölzer und Madagaskar Gewürze.

Der Erste Weltkrieg brachte eine gewisse Wende. Frankreich mobilisierte das Kolonialreich für seine Kriegsanstrengungen. Abgesehen vom Einsatz vorwiegend senegalesischer und marokkanischer Truppen (835 000 Soldaten und Arbeiter), mußten die Kolonien ihr ganzes wirtschaftliches Potential in die Waagschale werfen. Trotz der deutschen U-Boot-Blockade flossen rund zweieinhalb Millionen Tonnen Versorgungsgüter aller Art aus den französischen Besitzungen in die Metropole. Doch der Krieg machte die wirtschaftliche Unorganisiertheit des Kolonialreichs augenfällig. Deshalb sprach die französische Staatsführung von der Notwendigkeit einer konsequenten Politik kolonialer Inwertsetzung. Die Bemühungen um eine „Mise en Valeur des Colonies“ führten bald zu ersten entwicklungspolitischen Konzeptionen. Nach 1918 wurde Albert Sarraut bedeutender Anwalt einer Politik kolonialer Inwertsetzung. Sarraut, ehemaliger Generalgouverneur von Indochina, gehörte in der Zwischenkriegszeit vielen Regierungen als Kabinettsmitglied an und war selbst dreimal Ministerpräsident. Sein Programm, das in verschiedener Form publiziert wurde, u. a. als Buch im Umfang von mehreren hundert Seiten, stellt ein einzigartiges Dokument kolonialer Entwicklung dar⁴⁾. Sarraut distanzierte sich von der bisherigen Praxis kolonialer Ausbeutung, und er betonte mit Nachdruck die zivilisatorische Mission seines Landes. Überall sollten mit staatlicher Hilfe Schulen und Krankenhäuser entstehen. Sein Hauptaugenmerk galt aber der wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Entwicklung der Kolonien, um die Großmachtposition Frankreichs abzusichern.

Sarraut wollte sein Programm vom Parlament sanktionieren lassen und leitete der Kammer 1920 einen entsprechenden Gesetzentwurf zu.

⁴⁾ A. Sarraut, *La Mise en Valeur des Colonies Françaises*, Paris 1923; vgl. dazu: R. von Albertini, *Dekolonisation. Die Diskussion über Verwaltung und Zukunft der Kolonien 1919—1960*, Köln und Opladen 1966, S. 312ff.

Verschiedene Male erläuterte er im zuständigen kolonialpolitischen Parlamentsausschuß die Reichweite des Programms; zugleich drängte er auf schnelle Erledigung⁵⁾. Die Mehrheit der Ausschußmitglieder verhielt sich jedoch ablehnend, ja feindselig, vor allem, weil Sarraut keine präzisen Angaben über Finanzierungsmöglichkeiten machen konnte oder wollte. Verschiedene Abgeordnete sprachen von einem großen Bluff. Sarraut hatte gehofft, die koloniale Aufbauarbeit durch staatlich garantierte Kredite zu ermöglichen. Aber zu einer solchen Garantie war das französische Parlament nicht bereit, weil man dem Wiederaufbau der im Krieg zerstörten nord- und ostfranzösischen Gebiete absoluten Vorrang einräumte.

Erst als die Weltwirtschaftskrise die Kolonien erschütterte, bequeme sich das französische Parlament 1931, den Überseegebieten staatlich garantierte Kredite zukommen zu lassen. So konnten schließlich doch noch einige Vorhaben aus Sarrauts Projekt gerettet werden. Im übrigen suchte Frankreich, seinen Besitzungen durch Subventionen und internen Zollabbau Erleichterungen zu verschaffen. Infolgedessen traten verschiedene Kolonialerzeugnisse, vor allem Antillenzucker und nordafrikanischer Wein, in scharfe Konkurrenz zu einheimischen Produkten; dies rief erhebliche Unruhe und Verstimmung unter den französischen Bauern hervor und trug nicht gerade dazu bei, den kolonialen Gedanken in der breiten Öffentlichkeit zu fördern. Andererseits gab es wirtschaftliche Vorteile. Bereits 1932 war Algerien wichtigstes Abnehmerland für den französischen Export.

Ein letzter großer Versuch, die Situation in Frankreichs Kolonialreich zu bessern, erfolgte in den ausgehenden Dreißigerjahren. Am 4. Juni 1936 bildete Léon Blum seine Volksfrontregierung, das hundertste Kabinett der Dritten Republik, in dem der Sozialist Marius Moutet die Leitung des Kolonialministeriums übernahm. Moutet war glühender Sozialreformer und wollte für Verbesserungen in Übersee kämpfen. Spektakuläre öffentliche Arbeiten lehnte er zugunsten einer Fülle kleinerer Entwicklungsarbeiten ab, wie etwa den

Bau von Brunnen, Be- und Entwässerungssystemen, Krankenhäusern, Brücken und Schulen. Die französischen Arbeiterschutzgesetze übernahm er in Übersee, und in Afrika förderte er das Genossenschaftswesen als Selbsthilfeorganisation der Bauern. Moutet faßte seine Kolonialpolitik mit drei einfachen Worten zusammen: „nourrir, soigner, transporter“ (ernähren, heilen, befördern). Im Jahr 1937 unterbreitete er der Abgeordnetenkammer einen Gesetzentwurf, der großzügige Hilfsmittel für koloniale Entwicklungsprojekte vorsah. Dank des persönlichen Einsatzes seines Staatssekretärs Gaston Monnerville, des farbigen Abgeordneten von Französisch-Guayana, wurden die parlamentarischen Hürden in der Kammer schnell genommen. Trotzdem ist aus dem für damalige Verhältnisse recht fortschrittlichen Gesetzeswerk nichts geworden, weil der in Opposition zur Volksfrontregierung stehende Senat die Sache verschleppte.

Für Kolonialminister Georges Mandel, Moutets bürgerlichen Amtsnachfolger in den Jahren 1939/1940, traten Entwicklungsprobleme deutlich in den Hintergrund. Angesichts der drohenden Kriegsgefahr und dann des Kriegsausbruchs beschäftigte er sich vor allem mit der militärischen Sicherung des französischen Kolonialreichs. Im engen Kontakt zu London bemühte er sich darum, eine gemeinsame britisch-französische Verteidigungsbasis in Übersee zu schaffen. Der Fall Frankreichs im Juni 1940 machte diese Pläne jedoch zunichte.

Die Bildung des Vichy-Regimes unter Marschall Pétain blieb zunächst ohne größere Auswirkungen auf das Überseeereich, da sich die Kolonialverwaltungen anfänglich loyal verhielten. Trotzdem entstand eine andere Lage als im Ersten Weltkrieg, weil die Briten, die am 3. Juli 1940 ihren Vernichtungsschlag gegen die französische Flotte vor Oran geführt hatten, die Verbindungswege zwischen dem französischen Kolonialreich und Frankreich blockieren konnten. Aufgrund von Versorgungsschwierigkeiten schlossen sich die Überseegebiete nach und nach de Gaulles Bewegung an. Den Anfang machte am 26. August 1940 der Tschad, dessen aus Guayana stammender Gouverneur Félix Eboué, sich de Gaulle unterstellte. Zwei Tage später ergrif-

⁵⁾ Die nachfolgenden Angaben beruhen auf eigenen Recherchen des Verfassers in Archiven von Paris.

fen gaullistische Offiziere in Französisch-Kongo die Macht. Brazzaville wurde im Krieg zu einer Art Hauptstadt für das „Freie Frankreich“ und besitzt bis heute hohen Symbolwert für alle Gaullisten.

Der allmähliche Verlust des Kolonialreichs an de Gaulle hinderte die Vichy-Regierung erstaunlicherweise nicht, eine sehr detaillierte Entwicklungsplanung zu betreiben. Ein Expertengremium arbeitete in Paris bis in die Augusttage 1944 an Zehn-Jahres-Entwicklungsplänen für die einzelnen Überseegebiete.

II. Unvollständige Dekolonisation

Der Ausgang des Krieges brachte zwar keine Neuverteilung, beschleunigte aber längerfristig den Prozeß der Dekolonisation. Die junge IV. Republik nahm verständlicherweise die Vichy-Projekte nicht auf. Statt dessen knüpfte Kolonialminister Marius Moutet, der 1946 wieder im Amt war, an alte Planungen der Volksfrontregierung von 1937 an, die beinahe wörtlich übernommen wurden und endlich Gesetzeskraft erhielten. Damit war die Grundlage geschaffen für den „Fonds d'investissement de développement économique et social“ (FIDES), den staatlichen Investitionsfonds für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Übersee. Im Rahmen der französischen Lenkungswirtschaft, der „Planification“ wurden von nun an erhebliche Mittel für koloniale Entwicklungsvorhaben bewilligt.

Der Gaullismus und die IV. Republik hielten lange die Fiktion von der untrennbaren Einheit Frankreichs mit seinem überseeischen Besitz aufrecht. Einprägsame Schlagworte vom „Frankreich der 100 Millionen Franzosen“ oder vom „Überseeischen Frankreich“ brachten dies zum Ausdruck. Assimilation und Integration in den französischen Staatsverband standen auf dem Programm, nicht die Vorbereitung auf eine spätere Unabhängigkeit. Integration, so glaubten viele, sei die französische Version einer Entkolonisierung. Die Idee war auch nicht völlig absurd, wenn man bedenkt, daß die Weltmächte Amerika und Rußland nach eben diesem Muster verfahren sind. Nur haben sie vor der eigenen Haustür kolonisiert und die so kolonisierten Territorien dann integriert, während Frank-

te. Pétain befahl sogar per Dekret den Bau der Transsaharabahn; damit griff er eine Lieblingsvorstellung französischer Imperialisten aus der Zeit der Jahrhundertwende auf. Der Grund für solche Bemühungen mag im Memorandum eines Vichy-Beamten aus dem Jahr 1943 ersichtlich werden. Dort heißt es: „Nach Kriegsende ist eine Neuverteilung der Kolonialreiche zu befürchten. Dabei kann Frankreich seinen Besitzstand gegenüber ‚dem Sieger‘ nur aufgrund klarer und ausge-reifter Entwicklungskonzeptionen wahren“.

reich so tat, als gebe es keine trennenden Meere. Ein ganzes Jahrzehnt hat Frankreich Krieg geführt, zunächst in Indochina und dann in Algerien, ehe es die Idee vom „Überseeischen Frankreich“ fallen ließ. Indessen lebt die alte Rechtsvorstellung noch punktuell fort: St. Pierre et Miquelon, die beiden Antilleninseln Martinique und Guadeloupe, Französisch-Guayana und die bei Madagaskar gelegene Insel Réunion besitzen den Status überseeischer Départements. Hinzu kommen derzeit noch einige Übersee-Territorien, die ebenfalls Volksvertreter in das französische Parlament entsenden, nämlich Neukaledonien und Französisch-Polynesien mit der Hauptinsel Tahiti. Neukaledonien liefert mit seinen Nickelvorkommen den Rohstoff für die französischen Münzen, während Polynesien von Zeit zu Zeit für französische Atomwaffenversuche erhalten muß.

Die Freigabe des französischen Überseeereichs erfolgte ohne sorgfältige Planung. Frankreich fügte sich der Gewalt der Waffen und dem Zeitgeist. Das Gros der Überseegebiete wurde innerhalb weniger Jahre in die politische Unabhängigkeit entlassen: Indochina 1954, Marokko und Tunesien 1956, Guinea 1958, die Masse der afrikanischen Besitzungen und Madagaskar 1960, Algerien 1962, die Komoren 1975 und zuletzt Dschibuti 1977. Von Guinea trennte sich Frankreich im Zorn, von allen übrigen schwarzafrikanischen Besitzungen und Madagaskar auf eine lautlose und freundschaftliche Weise.

Ob das Einziehen der Trikolore und das His-sen einer neuen Flagge den betreffenden Län-

dem wirklich „Unabhängigkeit“ brachte, ist eine Frage, die Stoff für endlose Diskussionen liefern kann. Der klassische Souveränitätsbegriff, wie er 1576 von Jean Bodin in seinen „Six Livres de la République“ definiert worden ist und für Jahrhunderte Gültigkeit besaß, ist im Atomzeitalter kaum mehr aufrechtzuerhalten. Heute kann kein Staat, die beiden Weltmächte eingeschlossen, ganz auf sich allein gestellt seine innere und äußere Sicherheit gewährleisten. Wenn man unter „Unabhängigkeit“ zugleich auch wirtschaftliche Unabhängigkeit versteht, und zwar im Sinne einer potentiellen (nicht faktischen) Autarkie, so wird die Sache vollends prekär.

„Souveränität“ ist zu einem sehr formalen Begriff des Völkerrechts geworden. Zwei Bedingungen müssen erfüllt sein: Der Souveränitätsanspruch eines Staatswesens, der im Regelfall durch eine Souveränitätserklärung Ausdruck findet, und die Anerkennung dieser Souveränität durch möglichst viele oder gar alle anderen Staaten. Die Anerkennung durch bloß einen weiteren Staat wird als unzureichend angesehen. Deshalb gelten die „Homelands“ in Südafrika (Bophuthatswana, Ciskei, Transkei und Venda) oder die am 15. November 1983 ausgerufene „Türkische Republik Nordzypren“ als bloße Marionetten. Bei Kolonien, die ihre Unabhängigkeit erklären, kommt es vor allem auf die Anerkennung durch die Macht an, bei der bislang die Hoheitsrechte lagen. Eine „einseitige“ Unabhängigkeitserklärung reicht nicht aus, wie das Beispiel Südrhodesien/Simbabwe (1964 bis 1979) zeigte.

Unter formalrechtlichen Gesichtspunkten müssen die ehemaligen französischen Kolonien als unabhängige Staaten angesehen werden. Frankreich hat deren politische Unabhängigkeit anerkannt, und alle diese Staaten sind heute Mitglieder der Vereinten Nationen. Im Jahre 1969 ergab eine Untersuchung, daß die Abstimmungsverhalten Frankreichs und seiner ehemaligen Kolonien in der UNO kaum korrelierten; die jungen Staaten gingen offensichtlich eigene Wege, indem sie oft nicht mit Frankreich stimmten, sondern sich mit den anderen Ländern der Dritten Welt solidarisierten. Daraus aber zu schließen, „daß die Nachfolgestaaten Frankreichs in Schwarzafrika — trotz ihrer faktischen Abhängigkeit

vom ehemaligen Mutterland — souveräne Staaten sind“⁶⁾ scheint zumindest problematisch. Ob Frankreich und seine ehemaligen Kolonien in den Vereinten Nationen die gleiche Auffassung zur Apartheid in Südafrika oder zur israelischen Siedlungspolitik in den besetzten arabischen Gebieten haben, ist ziemlich gleichgültig. Viel wichtiger sind die bilateralen Beziehungen und Abhängigkeitsverhältnisse, und da läßt sich feststellen, daß der Tag der formalen Unabhängigkeit nicht gleichbedeutend war mit einer geglückten „Entkolonisierung“⁷⁾. Dies wird auch von amtlicher französischer Seite nicht bestritten. Vielmehr ist offen davon die Rede, namentlich unter der jetzigen sozialistischen Regierung, daß Frankreich den überseeischen Ländern bei ihrer „fortschreitenden Entkolonisierung“ helfen wolle. Solche und ähnliche Formulierungen sind als französisches Eingeständnis zu werten, daß gewisse koloniale Strukturen und Abhängigkeitsverhältnisse noch andauern. Dies gilt vor allem für die ehemaligen Kolonien in Schwarzafrika. Ihre Abhängigkeit von Frankreich wird hauptsächlich auf drei Ebenen sichtbar: auf kulturellem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiet.

Indessen kommen Zweifel auf, ob eine „echte Entkolonisierung“ in allen Bereichen möglich und überhaupt wünschbar ist. Nahezu alle afrikanischen Grenzen sind kolonialen Ursprungs; oft zerschneiden sie Völker und Regionen, die ethnisch, räumlich und historisch zusammengehören; und ebensooft vereinigen sie Völker und Stämme, die wenig miteinander im Sinn haben oder sich feindlich gegenüberstehen. Aber ein Rütteln an diesen kolonialen Grenzen würde das afrikanische Staatensystem wie ein Kartenhaus zusammenbrechen lassen. Das hat sich auch in Afrika als Erkenntnis durchgesetzt, weshalb die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) alle bestehenden Grenzen aus der Kolonialzeit für

⁶⁾ N. Scherk, Dekolonisation und Souveränität. Die Unabhängigkeit und Abhängigkeit der Nachfolgestaaten Frankreichs in Schwarzafrika, Wien 1969, S. 149.

⁷⁾ P. Mandeng, Die unvollendete Entkolonialisierung West- und Zentralafrikas; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 18/70, S. 47; Th. Oppermann, Anglophone und frankophone Unabhängigkeit in Westafrika; in: Europa Archiv, (1984) S. 378.

unverletzlich erklärt hat und keinerlei Gebietsansprüche des einen Landes gegenüber einem anderen unterstützt. Jüngstes Beispiel

ist die Nichtanerkennung der marokkanischen Hoheit über das ehemals spanische Westsaharagebiet.

III. Kulturelle Bindungen

Auch in der Sprachenfrage ist eine vollständige „Entkolonisierung“ kaum denkbar. Fast alle schwarzafrikanischen Länder müssen zwangsläufig die Sprache der ehemaligen Kolonialmacht als offizielle Amtssprache verwenden.

Häufig wird die europäische Sprache als lingua franca sogar zum wichtigsten Bindeglied für den nationalen Zusammenhalt. Schwarzafrika ist durch eine außergewöhnliche Sprachenvielfalt geprägt; allein in Gabun soll es vierzig verschiedene einheimische Sprachen geben. Falls man eine Lokalsprache zur Amtssprache erheben würde, müßten sich alle anderen Völkerschaften mit ihren Sprachen zurückgesetzt fühlen. Für Afrika gilt, daß die Bedeutung der europäischen Sprachen nach dem Abzug der Kolonialmächte sogar zugenommen hat. Wir sprechen heute wie selbstverständlich vom francophonen oder anglophonen Afrika.

Daß die Sprachgemeinschaft zwischen Frankreich und dem francophonen Afrika zu vielfältigen Bindungen führt, braucht nicht besonders betont zu werden. Diese Bindungen werden von Paris sehr ernstgenommen und gepflegt. Frankreich versteht sich noch immer als führender Kulturstaat, und der Glaube an die eigene zivilisatorische Mission, die „mission civilisatrice“ ist ungebrochen. Frankreich, so das eigene Selbstverständnis, „beglückt“ und „beschenkt“ die Welt mit seiner Sprache und seinen geistig-kulturellen Errungenschaften.

Die Sprachgemeinschaft mit dem francophonen Afrika ist für Frankreich wichtigster Grund, das Besondere seiner Beziehungen zu diesem Teil der Welt zu unterstreichen. Die Eliten dieser Länder denken und sprechen französisch; sie pflegen einen französischen Lebensstil, und sie konsumieren französische Waren. Daraus ergibt sich ganz natürlich eine Parallelität ihrer Interessenlage mit der Interessenlage Frankreichs. Der norwegische Poli-

tikwissenschaftler Johan Galtung schreibt diesen Eliten nicht ganz zu Unrecht eine „Brückenkopffunktion“ zu⁸⁾. Die Eliten der Peripherieländer — damit meint er die Länder der Dritten Welt — seien mit einem festen Band der Interessenharmonie an die jeweilige Zentralnation — in unserem Fall Frankreich — gebunden. Beide zögen aus dieser Verbindung Vorteile. Doch würde durch eine solche Konstellation die autonome Entwicklung des Peripherielandes verhindert.

Daß es problematisch ist, wenn Entwicklungsländer derart enge Bindungen mit einem dominanten Industriestaat (hier wieder Frankreich) eingehen, läßt sich auch am Bildungswesen aufzeigen. In den francophonen Ländern ist Französisch Schulsprache. Das Schulwesen ist weitgehend dem französischen Vorbild angepaßt; es unterrichten viele junge französische Lehrkräfte, die so eine Möglichkeit nutzen, ihren militärischen Ersatzdienst abzuleisten. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich bei der Alphabetisierung. Afrikanische Kinder, die zu Hause ihre eigene Sprache sprechen, werden in der Schule in der französischen Fremdsprache alphabetisiert. Dies bewirkt oftmals einen Schock beim Kind und führt dazu, daß es nach Möglichkeit dem Unterricht fernbleibt. Auf diese Weise bleibt es potentieller Analphabet. Nicht zuletzt deshalb haben die westafrikanischen Länder außerordentlich hohe Analphabetenquoten von 80 und manchmal mehr als 90 Prozent. Hier gilt, wie generell für die Länder der Dritten Welt, daß zwar der Analphabetismus prozentual zurückgeht, aber die absolute Zahl der Analphabeten wegen der Bevölkerungsexplosion ständig wächst.

Frankreichs kultureller Führungsanspruch im francophonen Afrika hat bewirkt, daß sein

⁸⁾ J. Galtung, Eine strukturelle Theorie des Imperialismus; in: D. Senghaas (Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt. Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt/Main 1972, S. 36—37.

Einfluß über alte Kolonialgrenzen hinausgewachsen ist. Zaire, ehemals Belgisch-Kongo, und die früheren belgischen Mandatsgebiete Ruanda und Burundi sind heute fest auf Frankreich fixiert. Ähnliches scheint sich im lusophonen Afrika anzubahnen, d. h. in den ehemals portugiesischen Kolonien⁹⁾. Portugal ist ein kleines Land mit einer sehr begrenzten Buchproduktion. Wer sich informieren will, ist rasch auf fremdsprachige Literatur angewiesen, und er greift aus Neigung zum Französischen. Daß das Französische die favorisierte Fremdsprache der portugiesischen Elite ist, überträgt sich nun auch auf das lusophone Afrika.

Vorerst suchen nur die kleinen ehemaligen

portugiesischen Besitzungen Anlehnung an Frankreich: die Kapverden, Guinea-Bissau und São Tomé e Príncipe. Vielversprechende Kontakte bahnen sich aber auch mit Angola an, seitdem Frankreich eine sozialistische Regierung hat. Der französische Entwicklungshilfeminister Jean-Pierre Cot unterzeichnete am 26. Juli 1982 in Luanda ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit. Am 28. und 29. März 1983 trat in Paris eine gemischte französisch-angolanische Wirtschaftskommission zusammen; eine weitere Tagung ist für 1985 in Luanda vorgesehen. Dies sind offensichtlich Anzeichen dafür, daß Angola vorsichtig bemüht ist, außenpolitischen Spielraum zu gewinnen.

IV. Militärische Präsenz

Ein wichtiger Einflußfaktor in Afrika ist Frankreichs Militärpräsenz. Paris unterhält ständige Stützpunkte in Senegal, in der Elfenbeinküste, in Gabun, in der Zentralafrikanischen Republik, in Dschibuti, auf der Komoreninsel Mayotte und auf Réunion; alles in allem etwa 15 000 Mann. Hinzu kommen Militärberater in rund zwanzig afrikanischen Staaten und eine mobile Einsatztruppe, die auf Korsika und in Südfrankreich stationiert ist und bei Bedarf in Krisengebiete eingeflogen werden kann, wie zuletzt das Beispiel Tschad zeigte.

Grundlage der französischen Militärpräsenz in Afrika sind die Beistandspakte mit etlichen ehemaligen Kolonien. Richtig scheint zu sein, daß sich Frankreich nirgendwo aufdrängt. Paris nahm es in der Vergangenheit durchaus hin, daß einzelne afrikanische Staaten Beistandsverträge aufkündigten. Die meisten Regierungen der francophonen Länder sind jedoch an der französischen Präsenz interessiert, denn sie sehen darin eine Garantie für stabile Verhältnisse. Kaum ein afrikanischer Staat wäre aus eigener Kraft in der Lage, sich äußerer Feinde zu erwehren. Da wenig Neigung besteht, sich an eine der beiden Weltmächte anzulehnen, man aber ohne Anleh-

nung an eine fremde Schutzmacht kaum auskommt, bietet sich Frankreich als verlässlicher Partner an.

Paris hat in der Vergangenheit oft betont, daß seine Truppen in Afrika nur einem Zweck dienen, nämlich vorhandene Grenzen zu sichern, d. h. Aggressionen von außen gegen die afrikanischen Schützlinge abzuwehren. Wie häufig solche Aggressionen aufgrund der französischen Militärpräsenz unterblieben, läßt sich natürlich nicht bestimmen. Aber fraglos sorgt Frankreich für Stabilität in Afrika, und diese seine Rolle wird von den USA offen und von der UdSSR stillschweigend anerkannt. Wiederholt hat Frankreich im Interesse seiner Schützlinge militärisch interveniert, so 1977 in Zaire und 1978 in Mauretanien, im Tschad und — in einer vielbeachteten Aktion — erneut in Zaire¹⁰⁾. Sein Engagement in Afrika trug dem damaligen französischen Präsidenten den Spitznamen „Giscard l'Africain“ ein. Inzwischen hat aber auch François Mitterrand den „gendarme d'Afrique“ gespielt, als er im August 1983 Truppen in den Tschad entsandte.

Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen ist es für Paris natürlich verlockend, sich militärisch in innere Angelegenheiten seiner afri-

⁹⁾ Das Wort „lusu“ leitet sich von Lusitanien her, einer römischen Provinz auf dem Gebiet des heutigen Portugal.

¹⁰⁾ Dominique Moïsi und Pierre Lellouche, Frankreichs Afrika-Politik unter Giscard d'Estaing; in: Europa Archiv, (1979) S. 31 ff.

kanischen Klientele einzumischen. Solche Fälle sind selten, weil Frankreich damit seine Glaubwürdigkeit und sein Prestige als unparteiische Macht aufs Spiel setzt; aber sie sind vorgekommen. Im Jahr 1964 wurde der von Putschisten abgesetzte Präsident von Gabun, Léon M'Ba, von französischen Truppen wieder in seine Rechte eingesetzt. Im September 1979 wurde der selbsternannte Kaiser Bokassa von Zentralafrika, dem man viele Greultaten nachsagte, von französischen Truppen abgesetzt und dafür David Dacko als Präsident eingesetzt. Die Affäre Bokassa hat seinerzeit in Frankreich viel Staub aufgewirbelt,

V. Wirtschaftlicher Nutzen

Frankreichs wirtschaftliche Bindungen zum ehemaligen Kolonialreich sind eng und vielfältig. Greift man die Außenhandelsstatistik eines beliebigen Landes des francophonen Afrika heraus, so ergibt sich stets das gleiche Bild: Frankreichs Anteil am Import- und Exportgeschäft ist überproportional hoch und bewegt sich in Größenordnungen zwischen 30 und 60 Prozent. Ein Grund hierfür ist die vergleichsweise hohe Zahl von Franzosen, die ständig weiter wächst. Gegenüber der Kolonialzeit gibt es eine beträchtliche Zunahme. In der Elfenbeinküste hat sich die Zahl seit 1960, dem Jahr der politischen Unabhängigkeit, von damals 5 000 auf heute 50 000 Franzosen, verzehnfacht. Es gibt kaum ein Geschäft im Zentrum der Hauptstadt Abidjan ohne französischen oder libanesischen Inhaber. Eine ähnlich bedenkliche Überfremdung läßt sich auch in Dakar, Douala oder Libreville feststellen. In Senegal leben etwa 40 000 Franzosen, in Niger 6 000, in Kamerun 12 000 und in Gabun 25 000!

Für Frankreich sind die ehemaligen Kolonien wichtige Wirtschaftskunden und zugleich verlässliche Rohstofflieferanten, namentlich für strategische Rohstoffe, wie Bauxit, Mangan, Erdöl und vor allem Uran. Frankreich stützt seine ehrgeizigen Atomenergiepläne ganz wesentlich auf Uranlieferungen der Länder Niger und Gabun. Tochtergesellschaften der staatlichen französischen Erdölgesellschaft ELF-Aquitaine fördern Erdöl in Gabun und in Kongo-Brazzaville. Die Volksrepublik

zumal Bokassa lange als persönlicher Freund von Giscard d'Estaing galt, dem er beträchtliche Geschenke gemacht haben soll. Die Zeitung „Le Monde“ kritisierte, Giscard habe Frankreich auf zweifache Weise kompromittiert: einmal „dans la pantalonnade du „sacre““ (durch die Teilnahme an der Krönungssosse), zum anderen durch die plötzliche politische Kehrtwendung und das Händeschütteln mit den Gegnern des sogenannten Kaisers sowie durch die peinliche Asylverweigerung für den französischen Staatsbürger Bokassa. „Le Monde“ schloß sehr treffend: „cela manquait pour le moins d'élégance“¹¹⁾.

bestreitet 40 Prozent ihres Staatshaushaltes aus Überweisungen der beiden Erdölgesellschaften ELF-Congo und Agip Recherches Congo¹²⁾. Gelegentlich ist Frankreich bereit, seinen ehemaligen Kolonien Rohstoffpreise zu zahlen, die über dem des Weltmarktes liegen. So geschah es im Februar 1982 im Rahmen eines Erdgasabkommens mit Algerien¹³⁾. Damit honoriert Paris sichere Lieferquellen.

Zu den wichtigsten Instrumenten französischer Einflußnahme im francophonen Afrika zählt die Währungs- und Kreditpolitik. Auf dem Währungssektor haben sich die beiden ehemaligen kolonialen Verwaltungseinheiten Französisch-Westafrika (AOF) und Französisch-Äquatorialafrika (AEF) weitgehend erhalten. Bis auf zwei Ausnahmen, Guinea und Mauretanien, gehören alle ehemaligen Kolonien von Französisch-West- und Äquatorialafrika der Franc-Zone an¹⁴⁾. Währungseinheit ist der Franc (CFA), der zum französischen Franc (FF) in einem festen Wertverhältnis von 1 : 50 steht. Bezeichnenderweise hat man nicht einmal die Abkürzung CFA ausgewechselt; sie stand früher für „Colonies Françaises

¹¹⁾ „Giscard l'Africain“, in: Le Monde vom 14. 3. 1981.

¹²⁾ Archiv der Gegenwart, (1982) S. 26030.

¹³⁾ J. Chipman, Mitterrands Afrika-Politik: Wiederbelebung der Dritten Kraft; in: Europa Archiv, (1984) S. 338.

¹⁴⁾ Mali nimmt eine Sonderstellung ein. Das Land trat 1962 aus der Franc-Zone aus, ist aber seit 1968 unter Beibehaltung einer eigenen Währung faktisch wieder Mitglied.

d'Afrique" und bedeutet heute „Communauté Financière d'Afrique". Der Vorteil der afrikanischen Länder liegt darin, daß ihre Währung über den französischen Franc in jede andere Währung unbegrenzt konvertibel ist, was sehr zur Erleichterung von Auslandsreisen, Außenhandel und Kredittransaktionen beiträgt. Andererseits ergibt sich der Nachteil, daß die afrikanischen Länder automatisch vom Währungsverfall des französischen

Franc betroffen sind und daß Paris mit seinem währungspolitischen Instrumentarium in die Wirtschaftspolitik der afrikanischen Länder hineinregieren kann. In West- und Zentralafrika gibt es je eine Zentralbank für die Banknoten- und Münzengabe. Sie befinden sich in Dakar (Senegal) und in Yaoundé (Kamerun). Beide Institute, die teilweise mit französischem Personal arbeiten, sind kaum mehr als Filialen der Banque de France¹⁵⁾.

VI. Abgestuftes Engagement: Schwarzafrika, arabische Welt, Lateinamerika

Daß Frankreich die Währungspolitik gegenüber seinen ehemaligen Besitzungen ziemlich selbstherrlich handhabte, verursachte in Afrika wachsenden Verdruß und führte Mitte 1973 sogar zum Austritt Mauretaniens aus der Franc-Zone. Mehrere afrikanische Staaten drängten auf größeres Mitspracherecht bei wirtschafts- und währungspolitischen Entscheidungen. Um die unterschiedlichen Auffassungen darzulegen und nach Möglichkeit auszugleichen, trat im November 1973 eine erste französisch-afrikanische Gipfelkonferenz in Paris zusammen. Unter Leitung von Staatspräsident Pompidou tagten die Vertreter von insgesamt zehn afrikanischen Ländern, darunter sechs Staatschefs¹⁶⁾. Niemand konnte damals ahnen, daß sich aus diesem bescheidenen Anfang jährliche Großkonferenzen entwickeln würden, die abwechselnd in Frankreich und in Afrika stattfinden. Der letzte „europäische" Gipfel tagte Anfang Oktober 1983 unter Leitung von Staatspräsident Mitterrand im lothringischen Kurort Vittel. Von 37 teilnehmenden afrikanischen Staaten waren allein 27 durch ihre Staats- oder Regierungschefs vertreten, darunter erstmals auch Sekou Touré, der inzwischen verstorbene Präsident von Guinea¹⁷⁾. Der nachfolgende „afrikanische" Gipfel tagte im Beisein Mitterrands am 11. und 12. Dezember 1984 in Bujumbura, der Hauptstadt des ehemals belgischen Treu-

handgebietes Burundi¹⁸⁾. Wiederum fiel die zahlenmäßig starke Präsenz von Regierungsdelegationen aus Ländern auf, die früher nicht zum französischen Bereich gehört hatten, u. a. aus Ägypten, Tansania, Sambia, Simbabwe, Angola, Mosambik und Liberia. Die Konferenzen von Bujumbura und Vittel sowie die vorausgegangenen französisch-afrikanischen Gipfel zeigen, daß Frankreich, wie bereits erwähnt, heute ein gesuchter Partner geworden ist; dies gilt längst nicht mehr allein für die francophonen Länder, sondern in steigendem Maß für anglophone, lusophone und arabische Staaten. Aus Sicht all dieser Länder scheint Frankreich eine wirkliche Alternative zu den Großmächten darzustellen.

Wie man sieht, beschränken sich Frankreichs Aktivitäten nicht auf Schwarzafrika, wiewohl hier sein besonderes Interesse liegt. Fast die gesamte französische Entwicklungshilfe geht in diesen Teil der Welt, und das Pariser Entwicklungshilfeministerium wird manchmal spöttisch „Ministère d'Afrique" genannt. Die führenden französischen Politiker, auch der derzeitigen sozialistischen Regierung, sind mit den Problemen der Dritten Welt und besonders Afrikas gut vertraut. Staatspräsident Mitterrand hatte in jungen Jahren das Amt des Kolonialministers inne (Juli 1950 bis März 1951). Seit damals verbindet ihn eine Freundschaft mit Houphouët-Boigny, dem späteren Präsidenten der Elfenbeinküste. Der bisherige Außenminister Claude Cheysson zeichnete lange Jahre als EG-Kommissar für die Außen-

¹⁵⁾ Vgl. den Abschnitt „The Franc Zone" in: Africa South of the Sahara, London 1983¹³⁾, S. 167—168.

¹⁶⁾ Archiv der Gegenwart, (1973) S. 18334 A.

¹⁷⁾ Archiv der Gegenwart, (1983) S. 27044 A bis 27045.

¹⁸⁾ Archiv der Gegenwart, (1984) S. 28318 B—28320.

beziehungen der Europäischen Gemeinschaft verantwortlich, und inzwischen ist er nach Brüssel zurückgekehrt. Frankreichs Entwicklungshilfeminister Christian Nucci, seit Dezember 1982 im Amt, war zuvor Mittelerrands Afrikaberater im Rang eines Staatssekretärs. Zahlreiche Regierungsstellen beschäftigen sich mit der Dritten Welt, — manchmal zu Lasten der Effektivität. Betroffene klagen über einen „jungle des bureaux“ und viel Kompetenzwirrwarr.

Neben Schwarzafrika bilden die arabischen Länder einen besonderen Schwerpunkt französischer Politik. Rücksichtnahme empfiehlt sich vor allem gegenüber den Erdölstaaten, u. a. auch gegenüber Libyen. Das Verhältnis zu Algerien ist noch immer problematisch. Auf beiden Seiten gibt es Ressentiments und unerfüllte Forderungen. In Frankreich leben derzeit 800 000 Algerier; sie stellen das größte Kontingent unter rund vier Millionen Gastarbeitern. Algerier sind nicht gut gelitten, und es gibt viele Vorurteile, zumal in einer Zeit, da Frankreich mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpft. Trotzdem tritt allmählich eine Entkrampfung in den französisch-algerischen Beziehungen ein. Nachdem Mittelerrand im Mai 1982 Algier besucht hatte, reiste Chadli als erster algerischer Präsident nach der Unabhängigkeit seines Landes Mitte Dezember 1982 zu einer offiziellen Visite nach Paris.

Frankreichs sozialistischer Regierung fällt es leicht, mit „linken“ Regierungen der Dritten Welt Kontakte zu pflegen, was in der Vergangenheit schwieriger war. Dies gilt beispielsweise für die Volksrepubliken Benin, Kongo und Angola, aber auch für Mexiko und Nicaragua. Sofern es sich nicht um Militärdiktaturen handelt, ist Frankreich um gute Beziehungen zu Mittel- und Südamerika bemüht. Im

Zeichen der „Latinität“ strebt es möglichst enge kulturelle Bindungen an.

Daß sich Paris nicht scheut, kühle Geschäftsinteressen ins Spiel zu bringen, zeigt sich auch am Waffenexport. Frankreich ist nach den USA und der Sowjetunion drittgrößter Waffenexporteur der Welt. Irgendwelche moralischen Vorbehalte bei Waffenlieferungen in Krisengebiete scheint Paris nicht zu kennen. Im Oktober 1983 lieferte Frankreich fünf Kampfflugzeuge vom Typ Super-Etendard an den Irak, einen der beiden Kombattanten im Golfkrieg. Frankreich gilt als wichtigster Waffenlieferant von Saudi-Arabien, und es hat jahrelang auch Libyen versorgt. Eines Tages könnte Frankreich gezwungen sein, in irgendeiner Weltecke gegen seine eigenen Waffen antreten zu müssen. Im Falklandkrieg kämpfte Argentinien mit französischen Waffen gegen Großbritannien. Nach einer Anstandspause von bloß einem halben Jahr nahm Paris schon am 18. November 1982 seine Waffenlieferungen an Buenos Aires wieder auf.

Betrachten wir Frankreichs vielfältige Aktivitäten in der Dritten Welt, so stellt sich die Frage, ob sich das Land am Ende nicht übernimmt. Diese Gefahr sieht man auch in Paris, weshalb man die Kosten des eigenen Engagements gern mit anderen Staaten teilen möchte. Dies erklärt auch, warum Frankreich bereits in den Römischen Verträgen von 1957 auf einer Assoziierung seiner damaligen Besitzungen an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft bestand. Diese Assoziierung blieb erhalten, als die französischen Kolonien wenige Jahre später ihre Unabhängigkeit erklärten. Sie wurde später, nach dem EG-Beitritt Großbritanniens, auf viele anglophone und dann auch auf andere Staaten der Dritten Welt ausgedehnt.

Die französische Friedensbewegung

I. Einleitung

Während in der ersten Hälfte der achtziger Jahre in nahezu allen westeuropäischen Staaten und den USA infolge des NATO-Doppelbeschlusses und der schließlich begonnenen Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II starke Protestbewegungen entstanden, blieb Frankreich von dieser Entwicklung weitgehend unberührt. Während in den USA, für viele Beobachter unerwartet, hunderttausende für „freeze“, gegen Massenarbeitslosigkeit und Massenelend demonstrierten, während in England die Frauen von Greenham Common mit ihrer spektakulären Dauerbesetzung viel Sympathie im In- und Ausland erwarben, während die Friedensbewegung in der Bundesrepublik mit der Ulmer Menschenkette und der zu neuem Leben erweckten Ostermarschtradition vielleicht die eindrucksvollsten Zeichen setzte, wartete man in Frankreich vergeblich auf derartige Ereignisse.

Und wenn in Paris, das zudem von der einzigartigen Zentralstruktur der Nation (mit elf von 55 Millionen Einwohnern in seinem Großraum) profitieren konnte, 500 000 Menschen zu einem „Fest für den Frieden“ (im Bois de Vincennes 1982) zusammenkamen, dann war dies nur möglich unter so wenig konkreten Parolen wie „J'aime la Paix — J'aime la Vie“ (Ich liebe den Frieden — Ich liebe das Leben).

Wenn W. v. Bredow über die „Zusammensetzung und Ziele der Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland“¹⁾ schrieb, diese

Friedensbewegung sei „nicht in der Lage, ein über ihre Ablehnung von allgemeiner und spezieller Aufrüstung hinausgehendes politisches Konzept zu entwerfen“, so muß diese These für die französische Seite noch präziser gefaßt werden: Der überwiegende Teil dieser Bewegung formuliert nicht einmal ihre Ablehnung einer „speziellen Aufrüstung“, vor allem was politische Spezifika angeht.

Die Friedensbewegung in Italien, in der Bundesrepublik, in Holland und anderswo hatte mit ihrem „Nein“ zu neuen Atomraketen durchaus politische Dimensionen der amerikanischen Militärstrategie angegriffen. Diese Zielsetzung ist der französischen Bewegung weitgehend verlorengegangen.

Die französische Friedensbewegung ist schwach, obwohl Frankreich in dieser ersten Hälfte der achtziger Jahre das einzige von der Stationierung neuer amerikanischer Raketen — wenn auch indirekt — betroffene, westliche Land ist, in dem die parlamentarische Linke die Regierungsgewalt besitzt. Dem Beobachter drängt sich bei Kenntnis der Grundanlage der derzeit betriebenen Außen- und Militärpolitik die Frage auf, ob die Friedensbewegung jenseits des Rheins nicht gerade deshalb so unbedeutend ist, weil die traditionellen Pfeiler einer jeden Friedensbewegung, Sozialisten und Kommunisten, bis vor kurzem gemeinsam, heute allein durch den Parti Socialiste vertreten, in Frankreich in der Regierungsverantwortung stehen.

II. Militärpolitische Optionen des Parti Socialiste (PS) und des Parti Communiste Français (PCF)

Das zu Beginn der siebziger Jahre von PS und PCF erarbeitete und 1972 als „Programme commun“ verabschiedete Grundsatzpapier für die Zusammenarbeit von Sozialisten, Linksliberalen und Kommunisten im Falle ihres Wahlsieges stand in Fragen der Militärpolitik durchaus in der Tradition linker Programmatik in Frankreich²⁾. Nach der Deklaration von

beralen und Kommunisten im Falle ihres Wahlsieges stand in Fragen der Militärpolitik durchaus in der Tradition linker Programmatik in Frankreich²⁾. Nach der Deklaration von

¹⁾ In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/25, S. 11.

²⁾ Zur Geschichte der Zusammenarbeit von PS und PCF vom Beginn der siebziger Jahre bis zur Regie-

„allgemeine(r), weltweite(r) und kontrollierte(r) Abrüstung“ als „Hauptziel der Regierung“ wurde in dem Dokument konkret auf Frankreich bezogen gefordert: „Verzicht auf strategische atomare Bewaffnung jeder Art, sofortige Einstellung der französischen Atomwaffenproduktion, planmäßige Umstellung der Atomwaffenindustrie in eine friedlichen Zwecken dienende Atomindustrie unter Wahrung der Interessen der betroffenen Werktätigen.“³⁾

Doch die ursprünglich feste Haltung von PS und PCF in dem entscheidenden Punkt der Militärpolitik der V. Republik, in Bezug auf die „Force de frappe“, die von Staatspräsident General de Gaulle geschaffene nukleare Abschreckungsmacht, verlor in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zunehmend an Klarheit⁴⁾. Mit unterschiedlichen Motivationen wandelte sich die Militärstrategie der Sozialisten zur vollen Bejahung der „Force de frappe“, die der Kommunisten immerhin zu einer Anerkennung ihrer Existenz.

Beide maßgeblichen Initiatoren des „Programme commun“ zogen aus der Entwicklung der Jahre nach 1972, die zwar von einer steigenden Popularität der Linken insgesamt gekennzeichnet war, ihr jedoch den entscheidenden (Wahl-)Durchbruch nicht gebracht hatte, unterschiedliche Konsequenzen. Der „Parti Socialiste“ suchte sein neu gewonnenes eindeutiges Übergewicht innerhalb des linken Lagers durch einen gezielten Antisowjetismus und Antikommunismus in eine langfristige Marginalisierung des PCF umzumünzen — Antisowjetismus, da die „Force de frappe“ unter Mitterrands Wendung zum Atlantismus eindeutig antisowjetisch gerichtet war und ist. Die Kommunistische Partei ihrerseits verfolgte das Kalkül, verlorenes Terrain innerhalb der Linken durch einen militärpolitischen „Neogaullismus“ wettzumachen. Den Mitgliedern und Wählern versuchte die Par-

rungsübernahme 1981 siehe meinen Beitrag in: Lendemains, (1983) 30; zur Militärpolitik der Regierung Mitterrand meinen Beitrag in den Blättern für deutsche und internationale Politik, 27 (1982) 2.

³⁾ Eine deutsche Übersetzung („Gemeinsames Regierungsprogramm der FKP und SP“) erschien mit einer Einleitung von Georges Marchais 1972 in Frankfurt/Main, hier zit. S. 76.

⁴⁾ W. Schütze untersuchte unlängst die Bedeutung der französischen Kernwaffen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/83.

teiführung ihre Wende mit der Pointierung des gaullistischen Theorems von der Wirkung „tous azimuts“, „in alle Richtungen“, akzeptabel zu machen.

Die seit Mai/Juni 1981 von PS und PCF gemeinsam betriebene, freilich unter sozialistischer Dominanz stehende Militärpolitik basiert folglich wesentlich auf der Existenz der strategischen und taktischen Atomstreitkräfte und sieht deren Ausbau in den nächsten Jahren vor⁵⁾. Die militärische Kooperation mit der NATO wurde intensiviert, wenn auch ein formeller Wiedereintritt in deren integrierte Organisationen nicht auf der Tagesordnung steht⁶⁾.

Viele Äußerungen und Spekulationen um eine stärkere Westeuropa-Komponente innerhalb der NATO von Seiten der Regierung Mitterrand liefern Belege für diese Entwicklung. Die außenpolitischen Beziehungen zu den Ländern Osteuropas, namentlich der UdSSR, sind abgekühlt, was sich in der Befürwortung und Forderung der amerikanischen Raketenstationierung durch die dominierenden sozialistischen Kräfte der Regierung äußerte: Die „Vorrüstung der Sowjetunion mit SS-20-Raketen“, so Staatspräsident Mitterrand, habe ein militärisches Ungleichgewicht, vor allem in Mitteleuropa, geschaffen, das nur durch die Installierung von Pershing II und Cruise Missiles beseitigt werden könne; die Ereignisse in Afghanistan und Polen hätten überdies die Außenpolitik der Sowjetunion ausreichend als expansionistisch qualifiziert.

Die Kommunistische Partei verfolgte in der Nachrüstungsdiskussion und in der Osteuropa-Politik eine Doppelstrategie: Zu Zeiten ihrer Regierungsbeteiligung⁷⁾ hielten sich die

⁵⁾ Das derzeit wohl beste Informationsmaterial, das Dokumente bis 1983 enthält, hat ebenfalls W. Schütze verfaßt: Frankreichs Verteidigungspolitik, 1958—1983. Es ist erschienen in der Reihe: Militärpolitik — Dokumentation, Heft 32/33, Berlin 1983. M. L. Martin wendet sich in seinem Buch Warriors to Managers, Chapel Hill 1981 auf knapp 70 Seiten dem französischen Militär zu, eingeschlossen eine umfangreiche Literaturauswahl.

⁶⁾ In Le Monde Diplomatique, 31 (1984) Januar, finden sich einige bemerkenswerte Aufsätze in dieser Hinsicht. So von P.-M. de la Gorce, K. Ege, M. Wenger sowie F. Tonello. Von Premierminister Pierre Mauroy stammt der aufschlußreiche Beitrag Frankreich und die westliche Sicherheit, der im NATO-Brief, 31 (1983) 5, erschienen ist.

⁷⁾ Siehe auch den Bericht von Th. von Münchhausen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Beilage vom 7. 4. 1984.

PCF-Minister an die im Regierungsabkommen vom Juni 1981 verabschiedete „uneingeschränkte Solidarität“, um die Regierungsbeihilfe des PCF nicht zu gefährden. Die außerhalb der Regierung agierende Parteiführung und der kommunistische Medienapparat

Die französische Friedensbewegung besteht im wesentlichen aus drei Teilen: dem zunächst im Mittelpunkt stehenden „Mouvement de la Paix“, dem „Appel des Cent“ sowie dem „Comité pour le Désarmement Nucléaire en Europe“ (C.O.D.E.N.E.).

Das „Mouvement de la Paix“, die „Bewegung des Friedens“ also, wurde 1949 in Paris gegründet. Es beruft sich in seiner Vorgeschichte auf verschiedene Organisationen der Friedens- und Widerstandsbewegung der Zwischenkriegszeit und der Okkupationsphase.

Gründungspräsident war Yves Farges, eine herausragende Persönlichkeit der Résistance und ehemaliger Minister. In seiner jahrzehntelangen Monopolexistenz als friedenspolitisches Forum kann das „Mouvement“ auf eine Reihe weltbekannter Persönlichkeiten in seinen Reihen verweisen; in erster Linie Frédéric Joliot-Curie, Nobelpreisträger und erster Präsident des Weltfriedensrates (in dem die Organisation auch heute noch aktiv mitarbeitet), Paul Eluard, Vercors, Pablo Picasso, Marcel Paul oder auch Louis Aragon.

Das „Mouvement“ wehrte sich gegen die Einbeziehung Frankreichs in die NATO, den Aufbau der Bundeswehr, den Algerien- und Vietnam-Krieg. Zu Beginn der sechziger Jahre war sein Hauptanliegen der Protest gegen den Aufbau der „Force de frappe“. Somit ist der politische Standort dieses Teils der französischen Friedensbewegung, ungeachtet der Existenz weiterer Bündnispartner, in unmittelbarer Nähe der Französischen Kommunistischen Partei anzusiedeln. Dies läßt auch heute noch ein Blick auf die Führungspersönlichkeiten der Organisation und ihre engagierten Mitglieder („militants“) erkennen. Hier stehen einer absoluten Majorität von PCF- und CGT-Anhängern kleinere Gruppen von

verurteilten die amerikanische (und bundesdeutsche) Stationierungspolitik vehement und forderten François Mitterrand energisch auf, sich von der amerikanischen Strategie zu distanzieren sowie auf die Verhandlungsangebote der Sowjetunion einzugehen.

III. Das „Mouvement de la Paix“

Sozialisten, in der Führung vor allem Admiral a. D. Sanguinetti und — bis vor einigen Monaten — Pierre Luc Séguillon, und Christen zur Seite.

Nach Aussagen von Mitarbeitern des Sekretariats des „Mouvement de la Paix“⁸⁾ hat die Friedensorganisation ca. 20 000 Aktive, die in weiten Teilen Frankreichs in Departement-Räten organisiert sind. Das entsprechende Gremium in der Hauptstadt ist der „Conseil de Paris“.

Die Programmatik der „Bewegung des Friedens“ hat sich in den letzten Jahren — nicht unbeeinflusst vom Strategiewandel der beiden großen linken Parteien PS und PCF — in einem wichtigen Punkt geändert: Wurde die französische atomare Bewaffnung bis in die späteren siebziger Jahre hinein vehement bekämpft, so waren diese Attacken schon 1977/78 weniger aggressiv und schließlich in der Zeit nach den Wahlen des Jahres 1981 in offiziellen Verlautbarungen nur noch selten auszumachen.

Ein Blick auf die wesentlichen Aktivitäten des „Mouvement de la Paix“ in den letzten Jahren verdeutlicht die besondere Rolle, die diese Organisation aufgrund ihrer starken Affinitäten zum PCF zu spielen begonnen hat. Dabei ist es weniger wichtig, daß das „Mouvement“ gelegentlich einer Selbstüberschätzung hinsichtlich der Quantitäten seiner Demonstrationen unterliegt, damit vor allem der Einschätzung der Breite seiner Bündnisse. Symptomatischer für seine Politik war da schon, daß in einer Reihe von „Mouvement“-Gremien die Absicht verschiedener Initiativen, aus An-

⁸⁾ Im Frühjahr 1982 zeichnete ich längere Interviews mit dem „secrétaire national“ Michel Langignon sowie mit Pierre-Luc Séguillon auf; im Februar 1984 sprach ich mit Yves Cholière; die letztgenannten gehörten dem „Nationalen Büro“ an.

laß des Versailler-Besuches von US-Präsident Reagan im Juni 1982 gegen die amerikanischen und NATO-Stationierungspläne zu demonstrieren, mit der Begründung zurückgewiesen wurde, Reagan komme in erster Linie zu einem Wirtschaftstreffen und sei zudem Staatsgast des von den Parteien der Linken erst ein Jahr zuvor gewählten Präsidenten Mitterrand und seiner Regierung. Als sich freilich das dem linksradikalen Spektrum zuzurechnende Bündnis C.O.D.E.N.E. zu einer Anti-Reagan-Demonstration vorbereitete, kam Ende Mai schließlich doch noch der Aufruf zu einem „marche sur Paris“ für den 20. Juni zustande, der wiederum vom „Appel des Cent“ initiiert war.

Viele Aktivitäten des „Mouvement“ waren in den beginnenden achtziger Jahren von der

Sammlung von Unterschriften unter den „Appel de Paris“ bestimmt. Dieser Appell vom Oktober 1981 fordert allgemein den Stop der Nuklearrüstung sowie ihre Reduzierung in Ost und West⁹⁾. Dieses Vorgehen verliert aber offenbar in Frankreich an Attraktivität. Demonstrierten im Oktober 1981 noch zwischen 50 und 100 000 Menschen an der Porte de Pantin (im europäischen Vergleich ein beachtliches Ergebnis), so bedeutete die gleiche Anzahl von Demonstranten exakt zwei Jahre später im internationalen Vergleich doch einen Rückschlag. Allerdings hatte im gleichen Zeitraum das C.O.D.E.N.E., das sich zumindest gegen die weiteren Nuklear-Ausbaupläne der Regierung Mitterrand wendet, einen Zuwachs an Sympathisanten zu verzeichnen.

IV. Der „Appel des Cent“

Der Appell der hundert Persönlichkeiten Frankreichs trat im Herbst 1981 anlässlich der ersten großen französischen Demonstrationen zum NATO-Doppelbeschluß an die Öffentlichkeit. In einer Selbstdarstellung¹⁰⁾ heißt es: „Der ‚Appell der Hundert‘ ist geboren worden aus der Bewußtseinsentwicklung von Persönlichkeiten, die sich in ihren Berufsfeldern (Kunst, Literatur, Sport, Wissenschaft, Medizin, Recht etc.) wie auch in ihren philosophischen, politischen und religiösen Auffassungen unterscheiden, die erschrocken sind, die Welt durch das Verhängnis (faute) der Überrüstung in ihr Verderben gehen zu sehen, und die entrüstet sind, ungeheuerliche Summen verwendet zu sehen für Todeswerkzeuge, obwohl ein kleiner Teil der Reichtümer ausreichen würde, alle Völker, die heute hilflos ihrem Schicksal überlassen sind, zu ernähren, zu kleiden und zu bilden.“

In der Tat ist der „Appel des Cent“ von so unterschiedlichen Persönlichkeiten unter-

zeichnet wie dem Rennfahrer Jean-Claude Andruet, von dem Schriftsteller Louis Aragon, von der Schriftstellerin und Journalistin Catherine Clément, von den pensionierten Offizieren General Fernand Gambiez¹¹⁾ und Admiral Sanguinetti, von dem Mediziner Léon Schwarzenberg sowie einer Reihe von politischen Funktions- und Mandatsträgern.

Zwei Dinge fallen jedoch bei einer genauen Betrachtung der „Hundert“ auf: mit Michel Langignon (Nationalsekretär des „Mouvement de la Paix“), Admiral Sanguinetti und Pierre-Luc Séguillon¹²⁾ u. a. sind führende Repräsentanten des „Mouvement de la Paix“ vertreten; mit Jeannine Marest, Georges Séguy, Jacques Denis, Lucien Sève etc. ist der Flügel um die CGT und den PCF stark repräsentiert.

⁹⁾ Dies ist verifizierbar in der Zweimonatszeitschrift des „Mouvement“ *Combat pour la Paix* (die Nr. 334 erschien im März/April 1985). Als Beilage zur Nr. 321 erschien im Januar 1983 die Broschüre: *33 Années de Lutttes pour le Désarmement*.

¹⁰⁾ Das folgende Zitat ist der Beilage („L'Appel des Cent“) der Kongreßmappe zur *Rencontre Internationale des Intellectuels* am 24./25. 3. 1984 in Paris entnommen.

¹¹⁾ Der Einzelfall eines Erstunterzeichners schildert mein Interview mit dem Général d'Armée (C. R.) Fernand Gambiez in: *Lendemains*, 9 (1984) 34; General Gambiez arbeitet noch heute aktiv in verschiedenen Historiker-Kommissionen der französischen Armee sowie auf internationaler Ebene. In diesem Beitrag sind auch der Wortlaut des ursprünglichen „Appel des Cent“ sowie der „Appel de Paris“ des „Mouvement de la Paix“ aus dem Jahre 1981 abgedruckt.

¹²⁾ P.-L. Séguillon, wie Sanguinetti Sozialist, war zur Zeit der Gründung des „Appel“ Chefredakteur des links-katholischen *Témoignage Chrétien* sowie Mitarbeiter des linken PS-Flügels C.E.R.E.S. (Centre d'Etudes, de Recherches et d'Education Socialistes); heute ist Séguillon Programmleiter Politik beim staatlichen Fernsehsender TF 1.

Der „Appel des Cent“ kennt keine mit dem „Mouvement“ vergleichbare Basisarbeit. Von einigen Ausnahmen in größeren Städten abgesehen gibt es kein flächendeckendes Netz von Stadt- oder Departementsgruppen. Vielmehr versucht die Initiative mit Großveranstaltungen, Pressekonferenzen, Petitionen etc. wirksam zu werden, welche von einer Geschäftsstelle und einer Art Exekutivkomitee, das sich in mehrwöchigem Abstand trifft, initiiert und vorbereitet werden.

So organisierte der „Appel des Cent“ bisher die mit Abstand größten Friedensmanifestationen der achtziger Jahre in Frankreich. Am 20. Juni 1982 — aus Anlaß der außerordentlichen UNO-Sitzungsperiode zu Problemen des Friedens — folgten seinem Aufruf zum „Marche de la Paix“, einem Friedensmarsch durch Paris, nach eigenen Angaben 250 000 Menschen. Ein Jahr später, am 19. Juni 1983, beteiligten sich gar 400 000 bis 500 000 Menschen an der „Fête pour la Paix“ im Pariser Bois de Vincennes. Der 28. Oktober 1984 schließlich lieferte nach den oben erwähnten Rückschlägen des „Mouvement de la Paix“ vom Oktober 1983 einen weiteren Beweis für das Stagnieren der französischen Friedensbewegung: Wiederum unter der Parole „J'aime la Paix“ veranstaltete das „Appel“-Büro einen erneuten „Marche de la Paix“ durch Paris. Die realistischen Schätzungen der Teilnehmerzahl bewegten sich zwischen 150 000 und 300 000. Das Spektrum der Unterstützer umfaßte im wesentlichen neben dem „Appel des Cent“ wiederum die Kommunistische Partei Frankreichs und die Gewerkschaft CGT.

Neben großen Demonstrationen verfaßte der „Appel des Cent“ eine Reihe von Petitionen und schickte Abordnungen zu den Genfer Verhandlungen um die Mittelstreckenraketen, Petitionen, die sich dort an die Delegationen der USA und der UdSSR wandten.

Der sozialen Basis seiner Mitglieder entsprechend führte die Organisation Ende Januar 1983 eine „Versammlung der Intellektuellen“ durch; im März 1984 folgte eine zweite derartige Veranstaltung, die „Rencontre internationale des intellectuels pour la paix et le désarmement“, ebenfalls in Paris. Sowohl an diesen beiden Konferenzen wie auch an den Losungen der Demonstrationen („Weder Pershing II — Noch SS 20“ oder „J'aime la Vie — J'aime la

Paix“) wird die Programmatik des Appells der hundert Persönlichkeiten deutlich. Auf der Konferenz im Frühjahr 1984 wurde von den französischen Künstlern, Wissenschaftlern, Ärzten, Erziehern usw., aber auch von den anwesenden kommunistischen Erstunterzeichnern des „Appel“ jede politische Analyse der globalen und eurostrategischen Situation ausgespart. Allgemeine Appelle zur Abrüstung oder auch die Deklaration eines „Rechtes der Völker auf Frieden“ bestimmten das Geschehen ebenso wie moralisierende Hinweise auf das aktuelle Ausmaß des Hungers in der Dritten Welt.

Es war den Delegationen vor allem Mittelamerikas und Osteuropas vorbehalten, politische Dimensionen in das Geschehen zu bringen. Die französische „Force de frappe“ oder auch der französische Rüstungsexport blieben weitgehend aus der Diskussion ausgeklammert.

„Unis pour la Paix“, die Beschwörung einer einheitlichen Bewegung, Leitmotiv des Pariser Friedensmarsches von 1982, ist das bewegende Element der Programmatik des „Appel des Cent“. Pierre Sellincourt, der Sekretär der Initiative¹³⁾, und andere Unterzeichner des Aufrufes wiesen häufig darauf hin, daß sich die Friedensbewegung in Frankreich in einer spezifischen Situation befinde. Zum einen sei Frankreich kein „Stationierungsland“ und die Bevölkerung daher schwer zu mobilisieren. Zum anderen sei das „Mouvement de la Paix“ — die traditionelle Organisation — durch denunziatorische Äußerungen wie „verlängerter Arm des PCF“ oder „Fünfte Kolonne Moskaus“ in weiten Teilen der französischen Bevölkerung marginalisiert und heute unfähig, eine neue Massenbewegung auszulösen. Eine Folge dieser Situation sei u. a. das völlige, planvolle Desinteresse der französischen Medien, die kommunistischen ausgenommen, an der Arbeit des „Mouvement“ und der Friedensproblematik überhaupt. Die Konsequenz, welche die hundert Persönlichkeiten aus dieser innerfranzösischen Lage angesichts der Widersprüchlichkeit von Hunger und dem Elend einerseits und der allgemeinen Hochrüstung andererseits gezogen hätten, sei ihr Appell mit dem Ziel, ein möglichst breites

¹³⁾ Das Interview führte ich am 15. 11. 1983 im Büro des „Appel des Cent“.

Bündnis gegen Hochrüstung schlechthin zu formieren. Dieses Bündnis könne alle umfassen, die für den Frieden einträten. Politische Auseinandersetzungen über Ursachen und Verantwortlichkeiten des Rüstungswettlaufs (course aux armements) hingegen würden die Ansätze, die bisher sichtbar geworden seien, sofort zunichte machen. Dies betreffe nicht

zuletzt auch die Diskussion der französischen Militärpolitik selbst: Ein großer Teil der Unterzeichner wie der französischen Bevölkerung überhaupt übe eben keine Kritik an der „Force de frappe“, und so konzentriere man sich auf die allgemeine Verurteilung des Rüstungswettlaufs und auf Appelle, den Hunger auf der Welt zu bekämpfen.

V. Das „Comité pour le Désarmement Nucléaire en Europe“ (C.O.D.E.N.E.)

Seit dem 11. November 1981 besteht eine gewichtige Alternative zur traditionellen, vom PCF und von der CGT beeinflussten Friedensbewegung, das „Komitee für die nukleare Abrüstung in Europa“. Als Keimzellen für das C.O.D.E.N.E. können für den Friedensgedanken das 1963 u. a. von Claude Bourdet gegründete „Mouvement pour le Désarmement, la Paix et la Liberté“ (M.D.P.L.) und für die parteipolitische Herkunft die PS-Abspaltung PSU (Parti Socialiste Unifié) angesehen werden.

Das C.O.D.E.N.E. vereinigt große Teile der nicht-sozialistischen und, um beim deutschen Sprachgebrauch zu bleiben, nicht-orthodoxen Linken Frankreichs in einem Bündnis. Unter seinen knapp 30 Einzelorganisationen finden sich neben reinen Friedensgruppen (M.D.P.L., Paysans et Mouvement du Larzac oder Femmes pour la Paix) große Teile der französischen Ökologiebewegung (Les Verts oder Parti Ecologique), Teile der Linksradiakalen (PSU, Alliance Marxiste Révolutionnaire oder Centre d'Études Anti-impérialistes), der Wehrdienstverweigerer, Ersatzdienstleistenden und Soldatenorganisationen sowie das christliche „Mouvement Rural de la Jeunesse Chrétienne“ (MRJC), die christliche Landjugend.

Das C.O.D.E.N.E. unterhält in Paris ein zentrales Sekretariat und ist in 80 lokalen Gruppen über ganz Frankreich verteilt. Von Paris aus wird in unregelmäßigen Abständen das zentrale „Bulletin du C.O.D.E.N.E.“ herausgegeben¹⁴⁾. Die wichtigste Aktion dieses Bündnis-

ses war bisher neben der Protestversammlung in Larzac gegen die geplante Erweiterung des dortigen Truppenübungsplatzes, an der im August 1982 ca. 200 000 Menschen teilnahmen, die Konkurrenzdemonstration zur Oktober-Aktion des „Mouvement de la Paix“ im Jahre 1983.

Den besten Einblick in die Programmatik des C.O.D.E.N.E. bietet die Charta, die auf der „Assemblée Générale“ vom 11. bis 13. November 1983 in der Pariser Vorstadt Evry verabschiedet wurde. Das übergeordnete Ziel, welches hier formuliert wird, fordert die „etappenweise Vernichtung der Nuklearwaffen in Europa — und ebenso in Frankreich — als Element einer weltweiten Abrüstung und der Entwicklung neuer ökonomischer, sozialer und politischer Beziehungen, gegründet auf die Solidarität, den Frieden und die Freiheit, im Osten wie im Westen, im Süden wie im Norden“. Die Charta drückt weiterhin im Zielkatalog ihren Willen aus, ihre „bestehenden Beziehungen zu den neuen unabhängigen europäischen Friedensbewegungen zu stärken“, die, so die Charta weiter, „mit demselben Willen um Unabhängigkeit gegenüber Regierungen und Staaten kämpfen sowie dem Willen zur Ungebundenheit gegenüber beiden Blöcken, mit demselben Ziel der Abrüstung — im Osten wie im Westen“.

In den Ausführungen zur „Realisierung“ dieses übergeordneten Zieles werden zwei Bedingungen genannt, die zugleich die Differenzen zu den Positionen des „Mouvement de la Paix“ und des „Appel des Cent“ weiter akzentuieren: „1. die Logik der Blöcke zu beenden (sortir de la logique des blocs), die Europa seit Yalta teilt und dadurch die Welt zahlreicher

¹⁴⁾ Meine Informationen beziehen sich auf die Nummern 4 und 5/6 des „Bulletin“ sowie auf persönliche Informationen von seiten des Sekretariats am 7. 2. 1984.

Völker in Sklaverei hält (. . .) 2. sich der Nuklearbewaffnung Frankreichs zu widersetzen, dem illusorischen Schutz, die ein Hindernis für die Entnuklearisierung Europas darstellt."

Konkret wird von der französischen Regierung gefordert,

— eine unabhängige Außenpolitik zu betreiben und ihre Bindungen an die NATO aufzugeben;

— die Nuklearversuche, insbesondere im Pazifik, aufzugeben;

— das Modernisierungsprogramm für Nuklearwaffen zu stoppen. Dies betrifft die neuen HADES-Raketen, die Neutronenbombe, die Modernisierung der Atom-Unterseeboot-Flotte und den Bau des siebten Atom-U-Bootes. Frankreich solle vielmehr eine Debatte über die Möglichkeiten einer nichtatomaren Verteidigung führen.

Die Forderung nach einem Einfrieren der „Force de frappe“, einige Mitglieder des Bündnisses fordern gar die sofortige Abschaffung aller französischen Atomwaffen, ist ein Minimumkonsens innerhalb des „Komitees“. Andere Differenzierungsmerkmale zwischen den beiden Armen der französischen Friedensbewegung, die das C.O.D.E.N.E. von der traditionellen, eher kommunistisch orientierten Friedensbewegung sowie vom „Appel des Cent“ abheben, sind besonders der explizite Gebrauch der Supermachttheorie, der Versuch der Kontaktaufnahme mit den „autonomen“ Bewegungen der Länder Osteuropas sowie heftige Angriffe auf die Regierungen dieser Länder. In der vierten Ausgabe des „Bulletin“ vom Oktober 1983 finden sich z. B. ein Interview mit einem Mitglied der tschechoslowakischen „Charta 77“, der Abdruck eines Briefes des polnischen „KOS“ (Komitee zur sozialen Selbstverteidigung) sowie ein Bericht über „le groupe indépendant de Moscou pour la confiance“ (die unabhängige Moskower Gruppe für das Vertrauen) mit dem Titel: „Unterstützung für die sowjetischen Gefangenen für den Frieden“.

Im Mai 1983 nahm das C.O.D.E.N.E. an der „Zweiten Europäischen Konvention für atomare Abrüstung“ in Berlin teil, die ebenfalls einen starken antisowjetischen Charakter hatte.

Was die Haltung zur „Force de frappe“ betrifft, so erwiesen sich die Mitglieder und Sympathisanten des „Comité pour le Désarmement Nucléaire en Europe“ als äußerst empfindlich: Als in einem Redebeitrag eines Vertreters der sozialistisch orientierten Gewerkschaft CFDT auf der Demonstration vom 23. Oktober 1983 der Versuch einer Rechtfertigung der französischen Atombewaffnung anklang, reagierte das Auditorium mit einem gellenden Pfeifkonzert. Die Kooperation mit der CFDT, die im Herbst 1983 zustande kam und zur Konkurrenzdemonstration des 23. Oktober führte, überraschte im übrigen viele politische Beobachter. Die CFDT hatte sich Mitte der sechziger Jahre zunächst strikt gegen jede Atomrüstung ausgesprochen, ihre Haltung speziell gegenüber der französischen Bewaffnung jedoch entsprechend der Sozialistischen Partei in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre geändert.

Der Kooperationswille beider Organisationen beruhte auf unterschiedlichen Erwägungen: Für die CFDT dürfte das Hauptinteresse an der antikommunistischen und antisowjetischen Stoßrichtung der C.O.D.E.N.E.-Programmatik aus ihren Abgrenzungsbemühungen gegenüber der CGT (und dem PCF) resultieren. Hinzu kommt das Bemühen, das in der französischen Bevölkerung (und somit auch an der Basis der CFDT) vorherrschende Interesse für Fragen des Friedens aufzugreifen.

Dafür nahm die CFDT mangels anderer Bündnispartner offenbar die Differenzen in der Beurteilung der „Force de frappe“ in Kauf.

Die Beweggründe des C.O.D.E.N.E. zur Zusammenarbeit mit der C.F.D.T. sind bis hierhin sicherlich deckungsgleich. Hinzu kommt für das bis heute zweifellos kleinste Glied der französischen Friedensbewegung die Chance, durch ein Aktionsbündnis mit der zweitstärksten Gewerkschaft Frankreichs (ca. 1 Million Mitglieder) aus der Marginalität herauszutreten und vor allem stärker als bisher auf das sozialistische Wähler- und Aktionspotential Einfluß nehmen zu können; das C.O.D.E.N.E. wird bis heute eher durch ein linksradikales und „alternatives“ Image bestimmt.

In Gesprächen des Verfassers mit Vertretern des „Comités“ (s. Anm. 14) wurde häufig die Sorge geäußert, das „Comité“ könne gegen-

über der großen CFDT und derem vorrangigen parteipolitischen Verbündeten, dem „Parti Socialiste“, an Eigenständigkeit einbüßen. Besonders in der Problematik der Beur-

teilung der „Force de frappe“ legen die Anhänger des C.O.D.E.N.E. größten Wert auf die Wahrung der so oft beschworenen „Unabhängigkeit“.

VI. Schlußbemerkungen

Die französische Friedensbewegung ist gespalten. Ein Minimalkonsens, ähnlich dem der bundesdeutschen Bewegung („keine neuen Atomraketen in Westeuropa“), der dieser zu Masseneinfluß verholfen hat, existiert in Frankreich nicht. Die französische Friedensbewegung selbst greift in der Analyse ihrer zuweilen selbst eingestandenen Schwäche häufig auf die Tatsache zurück, daß Frankreich kein „Stationierungsland“ sei. Die Gegner dieses Erklärungsversuches verweisen auf triviale Ergebnisse vor allem naturwissenschaftlicher Forschungen, wonach ein atomarer Krieg, zumindest jedoch eine atomare Verseuchung, weder an den Vogesen noch den Ardennen, den Pyrenäen oder den Alpen haltmacht; dieser Umstand müsse argumentativ in den Vordergrund gestellt werden. Weit aus erfolversprechender ist bei der Schwäche-Analyse vielmehr ein Blick auf die Lage der sogenannten „neuen sozialen Bewegungen“ in Frankreich. Trotz der Vielzahl von Gruppen, Parteien und parteiähnlichen Verbindungen, vor allem auf der Linken, ist beispielsweise keiner ökologistischen oder „grünen“ Organisation ein politischer Durchbruch, ähnlich den „Grünen“ der Bundesrepublik, auf der politischen Bühne Frankreichs gelungen.

Die Gründe hierfür können an dieser Stelle nur angedeutet werden. Sie liegen in erster Linie in der Existenz zweier großer linker Parteien, die das Interessenten- und Wählerpotential eben jener „neuen sozialen Bewegungen“ vor allem in der Zeit jahrzehntelanger Opposition weitgehend gebunden haben. Das Feld friedenspolitischer Aktivität wird weitgehend, wie die Geschichte des „Mouvement“ und des „Appel“ beweisen, vom PCF besetzt. Um die potentielle Klientel der Ökologen bemüht sich intensiv der PS, wie z. B. in der Atomkraftdebatte des Präsidentschaftswahlkampfes 1981 deutlich wurde¹⁵⁾. Das Er-

gebnis der Europawahl vom 17. Juni 1984 könnte jedoch das Ende sozialistischer Integrationsfähigkeit für diesen Teil des politischen Spektrums andeuten: „Les Verts“ erreichten 3,4%; ein eher rechtsgerichtetes ökologisches Bündnis um Brice Lalonde (ERE) kam auf 3,3%.

Ein weiteres Erklärungsmoment für die Schwäche der französischen Friedensbewegung, das von den oben angeführten Faktoren zum Teil nicht zu trennen ist, betrifft die Widerspiegelung dieser Bewegung in den französischen Medien. Während die Aktionen der Friedensbewegungen in den übrigen westeuropäischen Ländern, vornehmlich in der Bundesrepublik, in Frankreich zumeist große Beachtung fanden, nahm die Berichterstattung über friedenspolitische Ereignisse in Frankreich selbst einen bei weitem kleineren Raum ein. Dies liegt, zumindest auf Radio und Fernsehen bezogen, vor allem in der systematischen Absenz der Sozialistischen Partei von dieser Friedensbewegung begründet.

Lediglich die kommunistischen Zeitungen „L'Humanité“ und „L'Humanité Dimanche“ sowie die Regionalpresse des PCF und die Organe der CGT unterstützten die Friedensbewegung (vornehmlich die Aktivitäten des „Mouvement de la Paix“ und des „Appel des Cent“), was den Kritikern der Friedensbewegung im Gegenzug wiederum den Hinweis auf die Nähe zu den Kommunisten ermöglichte.

Ein wichtiges Moment, das der Friedensbewegung der Bundesrepublik zu maßgeblichem Rückhalt verhalf und sie teilweise vom Odium der kommunistischen Steuerung befreite, betrifft die Haltung der französischen Kirchen. Während die evangelische Kirche, die in Frankreich mit etwa einer Million Mitgliedern weitgehend unbedeutend ist, sich für

¹⁵⁾ Anlässlich ihrer Europawahl-Konferenz am 24./25. 3. 1984 in Draveil (Essonne) bekräftigten „Les

Verts“ aufs neue ihre Ablehnung der „Force de frappe“; vgl. Le Monde vom 27. 3. 1984.

ein „Einfrieren“ der französischen Nuklearbewaffnung einsetzte und explizit französische Vorleistungen bei der Abrüstung befürwortete¹⁶⁾, sprach sich die Führung der katholischen Kirche für die Akzeptierung der Militärstrategie der nuklearen Abschreckung aus¹⁷⁾. Die beiden katholischen Jugendorganisationen sind überdies in der Friedensfrage gespalten: Während sich das „Mouvement Rural de la Jeunesse Chrétienne“ (M.R.J.C.), die christliche Landjugend also, dem C.O.D.E.N.E. angeschlossen hat, arbeitet die „Jeunesse Ouvrière Chrétienne“ (J.O.C.), die christliche Arbeiterjugend, mit dem „Mouvement de la Paix“ zusammen.

Von einer gewissen Bedeutung für das in der Friedensbewegung recht unbedeutende katholische Spektrum ist lediglich noch die linkskatholische Zeitschrift „Temoignage Chrétien“ (PC). Deren langjähriger Chefredakteur Pierre-Luc Séguillon (s. o.) gehört zu den Erstunterzeichnern des „Appel des Cent“ und war ebenfalls lange Zeit Mitglied der Führung des „Mouvement de la Paix“.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang noch auf die Situation der Friedensforschung in Frankreich zu verweisen. Claus Leggewie¹⁸⁾ spricht zusammenfassend von einer „Schwäche der ‚kritischen Friedensforschung‘“, wobei er vor allem die übrigen westeuropäischen Länder zum Vergleich heranzieht: „Die Friedensforschung ist dort (in Frankreich, J.M.B.) als autonome Teildisziplin kaum entwickelt und ein bloßer Zweig der methodisch sehr konventionell betriebenen Forschung zu den ‚Internationalen Beziehungen‘“.

Der in diesem Beitrag (s. o.) angesprochene „nationale Nuklearkonsens“ findet sich, wie Umfragen beweisen, in geschlossener Weise nur in den politischen Parteien. Die Umfrage der großen linkskatholischen Wochenzeitschrift „La Vie“ vom November 1982 hatte auf die Frage nach einer Lagebeurteilung nach einem direkten Angriff auf französisches Ter-

ritorium die folgenden überraschenden Antworten zum Resultat: lediglich 18% der Befragten vertrauten voll auf die Wirkung der „Force de frappe“, während 28% sich durch eine klassische, konventionelle Armee und 20% durch einen bewaffneten Widerstand der gesamten Bevölkerung besser geschützt fühlten; 17% bevorzugten eine gewaltlose Verteidigung (17% äußerten sich nicht). 10% der Franzosen hielten die „Force de frappe“ für eine Bedrohung des Friedens, 30% sahen in ihr eine Vergeudung ökonomischer Potentiale¹⁹⁾.

Eine Erhebung des „Nouvel Observateur“ kam Ende 1981 ebenfalls zu Ergebnissen, die für die französische Friedensbewegung ein potentiell Operationsfeld zeigen. Im einzelnen fiel bei dieser Umfrage weniger die signifikant niedrigere Befürwortung einer Anlehnung Frankreichs an die USA mit 30% auf (Wert für die bundesdeutsche Bevölkerung 51%), als vielmehr das Gesamtbild der Wählerschaft des wenige Monate zuvor zum Staatspräsidenten gewählten François Mitterrand: Diese bezeichnete sich nämlich zu mehr als 60% als Sympathisanten der Pazifisten und gar zu 69% als Neutralisten²⁰⁾.

Obwohl die Kommunistische Partei Mitte 1984 das Regierungsbündnis mit den Sozialisten verlassen hat, sind die mittel- und langfristigen Konsequenzen für ihr friedenspolitisches Engagement heute noch nicht genau auszumachen. Unbelastet von der selbstgewählten Doppelstrategie wird sie jedoch sicherlich in Zukunft die Politik François Mitterrands auf diesem Gebiet offensiver als bisher attackieren. In der Frage um die „Force de frappe“ allerdings, das zeigte der Parteitag vom Februar dieses Jahres, ist vom PCF kein erneuter Richtungswechsel zu erwarten.

¹⁹⁾ Das „Bulletin du C.O.D.E.N.E.“ 1983, 4 veröffentlichte (S. 20 f.) Umfrageergebnisse aus mehreren westeuropäischen Ländern. W. Schütze dokumentiert in seiner o. a. Militärpolitik Dokumentation (S. 178 f.) eine Umfrage des Louis Harris-France-Instituts vom August 1982, nach der nur 37% der Befragten der „Force de frappe“ eine Schutzfunktion für Frankreich zuschrieben, 12% die Meinung äußerten, sie führe zum Krieg und 44% sie gar für nutzlos hielten.

²⁰⁾ Nouvel Observateur vom 21. 11. 1981.

²¹⁾ Die „Charte du C.O.D.E.N.E.“ findet sich in der Ausgabe 5/6 des Bulletin, S. 18, ein Bericht über die Generalversammlung auf den Seiten 17 f.

¹⁶⁾ Siehe FAZ vom 15. 11. 1983.

¹⁷⁾ Siehe Le Monde vom 12. 11. 1983 und FAZ vom 10. 11. 1983.

¹⁸⁾ C. Leggewie, Keine Friedensbewegung in Frankreich?, in: R. Steinweg (Hrsg.), Vom Krieg der Erwachsenen gegen die Kinder (Friedensanalysen 19), Frankfurt/M. 1984, S. 300 ff.

Henrik Uterwedde: Mitterrands Wirtschaftspolitik — Was bleibt vom Sozialismus?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/85, S. 3—13

Mitterrand und die Linksparteien übernahmen 1981 die Regierungsverantwortung mit dem Anspruch, einen „anderen“ Weg aus der Krise zu realisieren. Ihr wirtschaftspolitisches Konzept umfaßte eine Reihe von sozialen und ökonomischen Strukturreformen, eine links-keynesianische Konjunktur- und eine voluntaristische Industriepolitik mit dem Ziel einer autonomen nationalen Wirtschaftsentwicklung. Dieses Konzept ist vor dem Hintergrund tiefgreifender Struktur- und Wettbewerbsschwächen der französischen Wirtschaft zu sehen, die durch die konservativ-liberale Austeritätspolitik Giscard's nicht überwunden werden konnten.

In der Praxis stieß die sozialistische Wirtschaftspolitik schnell an die — vor allem außenwirtschaftlich bedingten — Grenzen des staatlichen Voluntarismus: Das nachfrageorientierte Wachstums- und Beschäftigungsprogramm von 1981/82 verschärfte das Außenhandelsdefizit und wurde nach der dritten Franc-Abwertung im März 1983 zugunsten einer klassischen Brems- und Stabilisierungspolitik aufgegeben. Nach dem umfangreichen Nationalisierungsprogramm von 1981/82 verfügte die Regierung zwar über erweiterte Interventionsmöglichkeiten, aber die neuen, mit z. T. hohen Verlusten arbeitenden öffentlichen Industriegruppen erwiesen sich nicht als die erhoffte „Speerspitze“ der neuen Industriepolitik. Einschneidende Sanierungsmaßnahmen in einer Reihe von Branchen mit Struktur- und Wettbewerbsproblemen kennzeichnen ab 1984 eine Politik der Anpassung an die Bedingungen der Weltmarktkonkurrenz.

Mit diesen Modifizierungen hat die Regierung das ursprüngliche Konzept der Sozialisten zur Krisenüberwindung weitgehend verlassen.

Wichard Woyke: Frankreichs Außenpolitik nach de Gaulle (1974—1984)

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/85, S. 15—26

Die vom ersten Präsidenten der V. Republik, Charles de Gaulle, vorgenommenen außenpolitischen Richtungsentscheidungen in bezug auf die Unabhängigkeit der Nation, die besonderen deutsch-französischen Beziehungen als Grundlage der Europapolitik und die selbständige Verteidigungspolitik werden auch unter seinen nichtgaullistischen Nachfolgern fortgesetzt. Während unter Giscard d'Estaing diese unabhängige Position in den Ost-West-Beziehungen besonders betont wurde, erfolgte unter Mitterrand eine Akzentverschiebung. Der erste sozialistische Präsident der V. Republik praktiziert eine enge Anlehnung an das Atlantische Bündnis, ohne die selbständige Position Frankreichs aufzugeben. Zwar konnte in den Ost-West-Beziehungen zwischen Frankreich und den USA unter Mitterrand größere Übereinstimmung als unter seinem Vorgänger erzielt werden, doch bilden die Dritte-Welt-Politik sowie die Wirtschafts- und Währungspolitik zentrale Konfliktpunkte.

Insgesamt überwiegt auch bei der sozialistischen Regierung unter Präsident Mitterrand die Kontinuität in der Außenpolitik. Auch wenn die sozialistische Regierung in der Dritte-Welt-Politik mit einem ideologisch anspruchsvollen Versuch zur Veränderung der Nord-Süd-Beziehungen antritt, zeigen ihre verschiedenen Maßnahmen (wie z. B. in Afrika) immer wieder die Ausrichtung an nationalen Interessen.

Herward Sieberg: Frankreichs Bindungen zur Dritten Welt. Tradition, Wirtschaftsinteresse, Prestige

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/85, S. 27—36

Jahrhundertlang hat sich Frankreich als Kolonialmacht in Übersee betätigt, wobei die Expansion häufig von Partikularinteressen getragen wurde. Nach dem Verlust bedeutender Positionen in Nordamerika und Indien zu Ausgang des Ancien Régime kam es im 19. Jahrhundert zu einer zweiten Expansionswelle mit den Schwerpunkten Algerien, Indochina und Schwarzafrika. Gestützt auf sein „neues“ Kolonialreich, versuchte sich Frankreich bis tief in das 20. Jahrhundert als Großmacht zu behaupten. Kulturelle Assimilation der überseeischen Völker und Integration in den französischen Staatsverband galten als politische Devise, nicht die Vorbereitung der Besitzungen auf ihre spätere Selbständigkeit. Ein Umdenken bewirkten erst zwei verlustreiche Kolonialkriege in Indochina und Algerien sowie der weltweite Antikolonialismus. Von 1954 an willigte Frankreich innerhalb weniger Jahre in die politische Unabhängigkeit fast seines gesamten Überseereiches ein. Enge Bindungen blieben gleichwohl mit vielen ehemaligen Besitzungen erhalten, namentlich in Schwarzafrika. Hier gründet sich Frankreichs Einfluß vor allem auf die „Francophonie“, auf militärische Präsenz und eine wirtschaftliche Vormachtstellung. Inzwischen zieht Paris immer mehr afrikanische Länder in seinen Bann, die ursprünglich nicht zum französischen Kolonialreich zählten. Ein Beleg hierfür sind die jährlichen französisch-afrikanischen Gipfeltreffen, an denen zuletzt neben Frankreich 36 schwarzafrikanische und arabische Länder sowie mehrere Inselstaaten des Indischen Ozeans teilgenommen haben. Dies zeigt auch, daß sich Frankreichs Engagement in der Dritten Welt nicht auf Schwarzafrika beschränkt.

Johannes M. Becker: Die französische Friedensbewegung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/85, S. 37—45

Inmitten der erbitterten Auseinandersetzungen innerhalb der NATO-Staaten um den Doppelbeschluß des nordatlantischen Bündnisses wird in Frankreich der Sozialist Francois Mitterrand Staatspräsident und bildet eine sozialistisch-kommunistische Regierung. Die Friedensbewegung unseres Nachbarlandes bleibt schwach und ist überdies gespalten.

Mit drei Friedensorganisationen stehen sich — vereinfacht — zwei politische Strömungen gegenüber. Das „Mouvement de la Paix“ und der „Appel des Cent“ als die dominierenden Kräfte lehnen sich stark an kommunistische und linkssozialistische Kreise an und haben bis zum Bruch der Linksregierung aus PS und PCF im Sommer 1984 die Militärpolitik Mitterrands in ihrem zentralen Punkt, der „Force de frappe“, nicht angegriffen.

Das linksradikale friedenspolitische Bündnis C.O.D.E.N.E. hingegen erklärt die französische Atombewaffnung für disponibel; gleichzeitig greift es scharf die Politik des PCF wie auch die der Sowjetunion an.

Ob die heutige Oppositionspolitik des PCF Bewegung in die französische Friedensbewegung bringen wird, bleibt abzuwarten.